

ISSN 1862-4154

Preis: € 5,-

Ausgabe 2.16



upgrade

Das Magazin für Wissen und Weiterbildung
der Donau-Universität Krems



Grenzenlos (un)glücklich

SCHWERPUNKT: MIGRATION UND INTEGRATION
HERAUSFORDERUNGEN, DENEN WIR UNS STELLEN MÜSSEN,
UND WAS DIE WISSENSCHAFT DAZU SAGT



Jetzt gratis
anfordern!

Ihr Sprungbrett zum Erfolg

Donau-Universität Krems. Die Universität für Weiterbildung.
Tel. +43 (0)2732 893-2246 | info@donau-uni.ac.at

www.donau-uni.ac.at/studienfuehrer



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,



MAG. FRIEDRICH
FAULHAMMER

Rektor der
Donau-Universität Krems

Integration ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Das ist zweifellos ein emotionaler Prozess. Soll Integration gelingen, braucht es unaufgeregte Sachlichkeit. Hier kommt die Wissenschaft ins Spiel. Ihre Rolle und im Besonderen jene der Universitäten ist es, einen kühlen Kopf zu bewahren, Zahlen bereitzustellen, zu analysieren und Lösungen aufzuzeigen. Migration und Integration, Schwerpunkte, zu denen die Donau-Universität Krems eine große Expertise erarbeitet hat, sind Querschnittsmaterien, sie berühren zahlreiche Handlungsfelder.

Die vorliegende Ausgabe von *upgrade* greift zahlreiche Handlungsfelder auf: von den Beiträgen des Bildungssystems – jenen der Hochschulen (Seite 25) und jenen der Schulen (Seite 29) über Religionsfragen in Zusammenhang mit Integrationspolitik (Seite 21) bis zur Rolle Europas und zentralen Fragen nach der Bildung von Identität (Seite 9). Zuwanderung, Flucht, Migration, diese gesellschaftlichen Phänomene stehen unweigerlich auch in Verbindung mit dem Begriff der Grenze. Jene der Staaten, die migrierende Menschen überwinden müssen, und auch jene in den Köpfen, die nur zu oft als Hürden zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern und bei der Findung von Lösungen erscheinen. Mit diesen Grenzen und manchen Hürden beschäftigt sich die diesmalige Fotostrecke.

Integration, so zeigt uns das neue *upgrade*, ist jedenfalls eine Herausforderung großer Tragweite. Wir alle müssen uns ihr stellen. Daran führt kein Weg vorbei.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Ihr Friedrich Faulhammer

BESUCHEN
SIE UNSERE
WEBSITE!

Alle Ausgaben von *upgrade*
gibt es auch im Internet:
www.donau-uni.ac.at/upgrade

„...Kriegsflüchtling“



Heiligenkreuz, März 2016

„Wirtschaftsflüchtling ...“

Inhalt

Schwerpunkt: Migration und Integration

- 3 Editorial
- 18 Übersicht-Dossier
- 48 Alumni-Club
- 49 Campus News
- 50 Trends & Termine
- 52 Kunst & Kultur
- 53 Buchtipps
- 54 Vorschau/Impressum



Die Bilder stammen vom Fotografen Stefan Reichmann. Er besuchte für **upgrade** Grenzübergänge an Österreichs Süd- und Osträndern. Reichmann lebt und arbeitet in Wien und Klagenfurt/Celovec. Seine Arbeiten umfassen Portrait-, Mode- als auch Landschaftsfotografie und wurden u.a. für Vogue Italia in der Galeria Carla Sozzani/Mailand ausgestellt.
Konzept und Idee: Stabsstelle Kommunikation der Donau-Universität Krems.

- 7 **Kommentar: Was Mark Terkessidis meint**
Normalfall Einwanderung
 - 9 **Die Summe aller Teile**
Integration & Identität: eine Annäherung
 - 15 **Schwierig, aber machbar**
Die Migrationsforscherin Gudrun Biffl im Interview
 - 21 **Am Scheideweg**
Integration der Muslime in Europa
 - 25 **Anker in der Strömung**
Die Rolle der österreichischen Hochschulen
 - 29 **Schulen als Kraftplätze der Integration**
Berlin und Bregenz setzen ihren eigenen Kurs
 - 33 **System in Gefahr**
Das Europäische Asylsystem droht zu scheitern
 - 37 **Vom Ankommen und Bleiben**
Lösungen der Architektur zur Integration
-
- Neues aus der Donau-Universität Krems*
- 40 **Internationale Kooperationen**
Next Generation Sepsis Diagnosis
 - 42 **Was forschen Sie?**
Hubert Brückl – der personifizierte Sensor
 - 46 **Alumni-Porträt**
Die Managerin und Geschäftsführerin Monika Owsianko

„...Obergrenze“



Rechnitz, März 2016

„Richtwert...“

Normalfall Einwanderung

Die Uhr lässt sich nicht zurückdrehen: Einwanderung ist so normal wie zentral für die Entwicklung der Gesellschaft. Diese braucht die konsequente interkulturelle Öffnung.

Kommentar von Mark Terkessidis

Wer in Schablonen denkt, für den stellen die vielen Geflüchteten dieser Tage auch eine ziemliche Erleichterung dar. Die komplizierte Situation der Einwanderungsgesellschaft mit ihren unterschiedlichen Lebensentwürfen und langwierigen Aushandlungsprozessen, jetzt endlich scheint sie wieder in die alten Kategorien zu passen. Da gibt es „uns“, die wir immer schon da waren, und die Flüchtlinge, die dazukommen. Denen müssen „wir“ schon helfen, aber in der Masse stellen „sie“ doch eine erhebliche Bedrohung für die Zusammensetzung „unseres“ Volkes dar. In Politik und Öffentlichkeit suchen viele die Lösung in einer Art Neudefinition der Nation: „Wir“ brauchen eine „Obergrenze“, und wer sich „bei uns“ nicht einfügt, der wird abgeschoben.

In diesem Sinne erlebt man eine Renaissance der herkömmlichen Vorstellungen von Integration. Diesmal wird man sie nicht versäumen, wird gesagt. Tatsächlich scheinen die Geflüchteten eindeutige, zumal sprachliche Defizite aufzuweisen. Doch sich auf die Defizite zu konzentrieren und sie separierend in Sondermaßnahmen zu kompensieren, das hat schon in der Vergangenheit nicht funktioniert, sondern die Ungleichheiten perpetuiert. Insofern ruft das jüngste Migrationsgeschehen nochmals dazu auf, endlich die Perspektive zu ändern. Anstatt an überkommenen Normvorstellungen festzuhalten, wie ein Österreicher oder eine Deutsche beschaffen sein sollen, lautet

die Frage: Sind unser aller Institutionen, Organisationen, Einrichtungen fit für die Vielheit der Gesellschaft?

Im Hinblick auf Österreich und Deutschland heißt es, die Länder würden sich durch die Flüchtlinge verändern. Das verkennt aber die Tatsache, dass sie sich längst verändert haben. Bei den unter Sechsjährigen in vielen Städten sind die Kinder mit Migrationshintergrund bereits in der Mehrheit – der demografische Wandel ist dramatisch. Einwanderung ist so normal wie zentral für die Entwicklung der Gesellschaft. Anstatt also im Schulbetrieb unentwegt mit neuen „Quereinsteigern“ zu kämpfen, wäre es sinnvoller, den „Quereinsteiger“ als Normalfall zu betrachten und die Bildungseinrichtungen entsprechend auszustatten. Dazu braucht es auch eine Veränderung des Personals. Wer heute den Grad der Vermischung in einem urbanen Klassenzimmer beobachtet, dem wird das Lehrerzimmer wie eine Parallelgesellschaft vorkommen. Für die Bildungseinrichtungen, die Verwaltung, die Polizei etc. gilt: Es braucht eine konsequente interkulturelle Öffnung.

Das bedeutet im Übrigen keineswegs, dass die Gesellschaft von ihren Grundwerten abrücken sollte. Aber diese Werte können nur dann realisiert werden, wenn eine gerechte Zugehörigkeit für alle gewährleistet ist. Die einfachen Lösungen dagegen, sie spalten die Gesellschaft dauerhaft in „wir“ und „sie“. Doch die Uhr lässt sich nicht zurückdrehen. ■



MARK TERKESSIDIS

Dr. Mark Terkessidis publiziert als freier Autor und Migrationsforscher in zahlreichen Medien in Deutschland und war als Moderator für den Westdeutschen Rundfunk WDR sowie als Redakteur der Zeitschrift „Spex“ tätig. Anknüpfend an sein Buch „Interkultur“, entwirft Mark Terkessidis in seiner jüngsten Publikation „Kollaboration“ (Suhrkamp 2015) eine Philosophie der positiven Kollaboration, die beim wütenden und suchenden Individuum ansetzt. Der studierte Psychologe lebt in Berlin und Köln.

„...technische Sperre“



Pamhagen, März 2016

„Zaun...“

Die Summe aller Teile

Was bedeutet die Flüchtlingsbewegung für die österreichische und europäische Identität? Was können Politik und Gesellschaft über Wertekurse hinaus tun? Eine Annäherung.

Von Katharina Schmidt

G

ernot Blümel hat offenbar ins Schwarze getroffen. Anfang des Jahres schlug der neue Wiener ÖVP-Obmann eine Art „Werteformel“ vor, die Schüler vor dem Unterrichtsbeginn gemeinsam rezitieren sollten. Den an den US-amerikanischen Treueschwur „Pledge of Allegiance“ angelehnten Text dazu lieferte er auch gleich mit: „Ich bekenne mich zur Republik Österreich und ihrer Verfassung und achte die österreichischen Gesetze und Grundwerte – um unsere Freiheit und ein friedliches Miteinander zu sichern! Mann

und Frau sind in Österreich gleichgestellt und jeder Mensch hat das Recht, sein Leben selbstbestimmt zu gestalten.“ Das Interessante dabei: Weder aus den anderen Parteien noch aus den Medien oder auf dem sonst so empörungsbereiten Kurznachrichtendienst Twitter musste sich Blümel das zu erwartende Ausmaß an Häme anhören.

Die wohlwollende Rezeption derartiger Ideen in der Öffentlichkeit ist Ausdruck eines neugewonnenen Problembewusstseins in Österreich, aber auch in der Europäischen Union als Ganzem: Vor dem Hintergrund der Flüchtlingsbewegung aus Erdteilen, mit denen es keine gemeinsame Geschichte, Sprache, Kultur oder >>

Tradition gibt, wird die Frage nach dem Amalgam, das die Gesellschaft zusammenhält, wieder neu gestellt. Gibt es so etwas wie eine österreichische Identität? Wie wird sich diese durch die Flüchtlingsbewegung verändern? Und was bedeutet das für den sozialen Zusammenhalt? Nun sind die USA, die ihre Schüler auf die Flagge und die „eine Nation unter Gott“ ein schwören, sicherlich kein Vorbild, wenn es um das sozialstaatliche Selbstverständnis geht, aber eines versteht man dort nur zu gut: in einer pluralistischen Einwanderungsgesellschaft ein Gefühl des Zusammenhalts, einen Nationalstolz, zu erzeugen.

Braucht es in Österreich, in der Europäischen Union also eine neue rituelle Formel für den Zusammenhalt nach US-amerikanischem Vorbild? „Das ist ein bisschen übertrieben, man braucht nicht so weit zu gehen“, sagt Heinz Fassmann von der Uni Wien. Er hält es durchaus für sinnvoll, die einenden

„Wenn wir im Stande sind, die Vielfalt zu einen, dann ist die Vielfalt unsere Stärke, doch dazu braucht es die Toleranz – Respekt im Umgang miteinander.“

Othmar Karas

Rituale in Europa wie zum Beispiel die Europahymne stärker zu betonen. Allerdings dürfe man mit Blick auf die jüngere Geschichte der europäischen Staaten auch nicht zu stark in das nationalstaatliche Gehabe zurückfallen. „Stolz auf Europa zu sein, das fehlt den Europäern. Sie sind stolz auf ihre Nationalstaaten. Die Identität ist aber im Umbruch – vielleicht sollten wir und auch die Politik die Überlegung anstellen, wie man zu einer stärker vom Nationalstaat losgelösten Identität finden kann“, meint der Experte.

In Vielfalt geeint

Diese Identität existiert bereits, sagt Othmar Karas, ÖVP-Delegationsleiter im Europäischen Parlament. Deren Grundlage ist für ihn das europäische Motto, „In Vielfalt geeint“. „Wenn wir im Stande sind, die Vielfalt zu einen, dann ist die Vielfalt unsere Stärke, doch dazu braucht es die Toleranz – Respekt im Umgang miteinander“, sagt er. Diese Identität der Union auch als Rechts- und Wertegemeinschaft stehe nun, in der Flüchtlingskrise, „nach außen wie nach innen auf dem Prüfstand“. Während die EU von anderen Staaten die Einhaltung der Menschenrechte, der Demokratie, der internationalen Beschlüsse und den Verzicht auf Nationalismus einfordere, tue man sich derzeit schwer, diese Grundlagen selbst mit Leben zu erfüllen.

Denn im Angesicht von steigender Arbeitslosigkeit, zunehmenden Verteilungskämpfen und inszenierter politischer Hilflosigkeit, die Flüchtlingsbewegung zu managen, kriecht der Nationalismus wieder aus seinen Löchern. Ein Land nach dem anderen zieht Zäune hoch, das Schengen-Abkommen und damit die Reisefreiheit sind außer Kraft gesetzt, es geht nicht mehr um europäische Solidarität in der Flüchtlingsfrage, sondern darum, wem es gelingt, mehr Druck auf die anderen Mitgliedstaaten auszuüben. Ohne Rücksicht auf den Schaden, den die europäische Identität nehmen könnte, werden zugunsten eines „Dominoeffekts“ entlang der Fluchtrouten längst überwunden geglaubte Grenzen reaktiviert – zum Beispiel jene symbolträchtige am Brenner. Ja, die Union ist in einer ernsthaften Krise, das bezweifelt

wohl kaum jemand. „Wenn die Durchsetzung und Umsetzung der europäischen Beschlüsse nicht funktioniert, weil manche Staaten blockieren, dann eskaliert das Problem und es kann sein, dass wir zum ersten Mal eine Krise nicht gestärkt in der Gemeinschaft, sondern geschwächt verlassen“, sagt Karas.

Den Rückfall in die Betonung des Nationalen erklärt er für Österreich auch historisch: Nach den Erfahrungen des Monarchie-Zerfalls, des Ständestaats und der beiden Weltkriege sei es das Hauptanliegen vieler Österreicher, repräsentiert durch Politik und Sozialpartnerschaft, gewesen, über die Parteigrenzen, Religionen und Erfahrungen hinweg die „Identität in der Zusammenarbeit“ und in der Bildung einer von Deutschland losgelösten Nation zu finden. Das Problem: „Die österreichische politische Identität ist für viele die Nation und nicht, ein Teil Europas zu sein. Das merken wir in der Krise, weil wir dann sehr schnell die nationale Karte gegen den Rest der Welt ausspielen.“ Abgesehen von dieser politisch-historischen Dimension ist für ihn die österreichische Identität in der kulturellen Identifikation zu sehen.

Werte versus Folklore

Fassmann sieht das ein wenig anders. „Es gibt nicht die österreichische Identität“, sagt er, „wir haben alle wechselnde Identitäten, die je nach Kontext aktiviert werden.“ Ähnlich definiert Susanne Knasmüller vom Integrationsministerium den Begriff: „Aus Integrations-sicht ist die Identität Österreichs die Summe aller Lebensentwürfe der Menschen, die in Österreich beheimatet sind, mit einem ‚unverrückbaren Wertekanon‘ als dessen Fundament.“ Damit meine sie „nicht Pünktlichkeit, Trachten oder Schnitzel-Essen, sondern Rechtsstaatlichkeit, die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, Demokratie und Meinungsfreiheit.“ Der Rest ist für Knasmüller Folklore: Auch ein Muslim oder ein Hindu könne stolzer Österreicher sein, „ohne dass er das Martinsfest feiert oder bei den Goldhauben ist“. Diese Einstellung ist Ausdruck eines neuen, pluralistischeren Österreichbilds, das sich nicht mehr am Nikolo-Besuch

„Wir haben alle wechselnde Identitäten.“

Heinz Fassmann

im Kindergarten, an Kopftüchern oder dem Bau von Minaretten abarbeitet.

Muss sich hier aber nicht auch die Aufnahmegesellschaft selbst an der Nase nehmen? Kann man in einem Land, in dem Frauen je nach Rechnung zwischen 20 und 40 Prozent weniger verdienen als Männer und die Anhebung der minimalen Väterbeteiligung an der Babykarenz auf 20 Prozent als Erfolg gefeiert wird, von echter Gleichberechtigung der Geschlechter reden? Knasmüller sieht auch in der österreichischen Gesellschaft Handlungsbedarf: „Mit erhobenem Zeigefinger zu sagen: ‚Lebt unsere Werte‘, obwohl wir sie selbst nicht kennen, das geht nicht.“ In diesem Zusammenhang sieht sie noch ein weiteres Problem: „Wir verlangen von Zuwanderern, dass sie unsere Werte annehmen und auf unser Land stolz sind, dabei haben wir selbst oft ein Problem damit, auf unsere Heimat stolz zu sein.“

Das mag einerseits an der Vergangenheit Österreichs und der Angst vor der Rückkehr des Nationalismus liegen. Für den Sozialanthropologen Andre Gingrich, Universität Wien und Akademie der Wissenschaften, hat es andererseits auch mit Kommunikation zu tun. Die Identifikation mit Österreich als Nation geschehe einerseits im „Bottom-up-Verfahren“ von selbst – zum Beispiel, indem man plötzlich einen Stolz auf die Fußball-Nationalmannschaft entwickle. Dazu gebe es auch einige Aufgaben, die „Top-Down“ zu erledigen wären. Das Integrationsministerium hat es mit einer Kampagne unter dem Motto #stolzdrauf versucht – laut Knasmüller hat die Aktion auch gezeigt, wie schwer sich die Österreicher mit dem Nationalstolz tun. „Man kann aber stolz sein auf Meinungsfreiheit, Demokratie, den Rechtsstaat; >>



ANDRE GINGRICH

Univ.-Prof. Dr. Andre Gingrich ist Professor für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien und leitet das Institut für Sozialanthropologie der ÖAW. Er forscht unter anderem zu Identitätskonzepten und war Leiter des Forschungsschwerpunktes Wittgenstein 2000 zum Thema.



OTHMAR KARAS

Mag. Othmar Karas, M.B.L.-HSG ist seit 1999 ÖVP-Abgeordneter zum Europäischen Parlament. Der Politikwissenschaftler studierte außerdem Europäisches und internationales Wirtschaftsrecht in St. Gallen. Seit 2013 ist er Ehrenprofessor der Donau-Universität Krems.



HEINZ FASSMANN

Univ.-Prof. Dr. Heinz Fassmann ist Vizerektor für Forschung und Internationales der Universität Wien. Der 60-jährige Professor für Angewandte Geografie, Raumforschung und Raumordnung ist seit 2010 Vorsitzender des Expertenrats für Integration im BMEIA.



SUSANNE KNASMÜLLER

MMag. Dr. Susanne Knasmüller ist Leiterin der Abteilung Integrationskoordination im BMEIA, die für die inhaltliche Umsetzung der österreichischen Integrationsstrategie zuständig ist. Sie absolvierte die Studien der Rechtswissenschaften und der Psychologie an der Universität Innsbruck.

darauf, dass ich mit 31 Jahren als Frau eine Abteilung leite“, sagt sie. Gingrich mahnt angesichts der aktuellen Flüchtlingsbewegung indes mehr Selbstbewusstsein ein: In allen Krisen seit 1945 – zum Beispiel Ungarn, Polen, Bosnien – habe Österreich „alle zehn Jahre bis zu 100.000 Flüchtlinge aufgenommen“. Das Land sei aber nicht in der Lage, selbstbewusst mit diesen Erfahrungswerten umzugehen, und leide unter einem „strukturellen Minderwertigkeitskomplex“, der Angst bei der Überlegung erzeuge, wie Österreich die Flüchtlingszahlen bewältigen könne.

Migrationsexperte Fassmann meint dazu, dass zwar in den europäischen Krisen nach 1945 immer annähernd so viele Menschen nach Österreich geflüchtet seien wie

„Man muss seine eigene Identität nicht ablegen, um eine neue reifen zu lassen. Man kann auch Werte in seine Identität aufnehmen, ohne seine Wurzeln dabei zu vergessen.“

Susanne Knasmüller

2015, dass diese früher aber oft nur für wenige Wochen im Land geblieben seien, um dann weiterzuziehen. „Natürlich war Österreich schon immer ein Asylland“, sagt Fassmann, „aber jetzt kommen Menschen, die zu einem Großteil bleiben werden und eine andere Sozialisation im Hintergrund haben.“

Diese syrische, afghanische oder irakische Sozialisation prallt nun auf die österreichische oder europäische Sozialisation. Der gläubige Islam trifft auf den säkularen Katholizismus, die strenge Geschlechtertrennung auf die aufgeklärte Freizügigkeit. Die Zeit, als sich nur die politisch ganz rechts Stehenden gefragt haben, ob das gut gehen kann, ist längst vorbei. Die Eskalationsspirale der europäischen Angst vor den Fremden, die da kommen, dreht sich mit jedem Ereignis von Paris bis Köln ein Stück weiter. Für Knasmüllers Arbeit ist das ein Problem: „Integration kann nur funktionieren, wenn beide Seiten der Gesellschaft mitmachen. Und das ist aktuell sehr schwierig, weil die Menschen große Ängste und Sorgen haben, ob Österreich diese Flüchtlingswelle auch schafft. Ängste sind natürlich immer ein Integrationshemmnis, denn man kann nicht gleichzeitig Angst haben und offen sein für Neues.“ Die Bedürfnisse der Mehrheitsgesellschaft seien auch im Integrationsprozess genauso wichtig wie die des Migranten, sagt sie. Auch Gingrich sieht in der Integration einen „reziproken Prozess des Gebens und Nehmens, bei dem die Bringschuld der Hereinkommenden schon eine etwas größere ist“.

Aus Fehlern gelernt

Früher – zum Beispiel bei der Gastarbeiterwanderung – hat die Politik das nicht erkannt. Die Idee war, dass die Menschen ohnehin wieder in ihre Heimat zurückgehen würden und daher keine Integrationsmaßnahmen notwendig seien. Mit all den bekannten Auswirkungen auf Schulsystem, Wohnungssektor und Gesellschaft. „Man weiß mittlerweile, dass Nichtstun und Integrationsprozesse durch Zufall wenig zielführend sind“, sagt Fassmann dazu. Daher lernen Asylberechtigte seit Februar in verpflichtenden Werte- und Orientie-

„Man weiß mittlerweile, dass Nichtstun und Integrationsprozesse durch Zufall wenig zielführend sind.“

Heinz Fassmann

rungskursen eine Basis der österreichischen Identität kennen. Wer den Kurs verweigert, muss mit Kürzungen der Mindestsicherung rechnen. „Es braucht ein klares Bekenntnis des Zuwanderers zu unseren Werten, die die Basis unseres Zusammenlebens bilden, dann kann das Leben in Österreich losgehen“, betont Knasmüller. Für die Identifikation mit dem Asylland braucht es aber mehr als nur einen Wertekurs. Und auch hier ist die Politik gefordert. Es geht um einen raschen Zugang zum Arbeitsmarkt mit Hilfe zusätzlicher Qualifikationen. Wei-

ters müssen Wohnsegregation verhindert, Deutschkurse angeboten und den geflüchteten Kindern und Jugendlichen Zugang zur Bildung gewährt werden. „Die Aufgabe des Staates ist es auch, Positivbeispiele vor den Vorhang zu holen und einerseits der Mehrheitsgesellschaft zu zeigen, dass es funktionieren kann, andererseits den Zuwandererkindern, die oft unter Identitätskonflikten leiden, Vorbilder zur Verfügung zu stellen, an denen sie sich orientieren können“, sagt Knasmüller, die genau das mit Schulbesuchen von Role-Models im Rahmen des Projekts Zusammen:Österreich versucht.

Alles in allem stellt dieser Prozess sowohl die Asylwerber als auch die autochthone Bevölkerung vor enorme Herausforderungen, darin sind sich alle Experten einig. Was am Ende herauskommt – und vor allem, wann dieses Ende erreicht ist –, das wird erst die Zukunft zeigen. Karas zitiert dazu den deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck bei der 25-Jahr-Feier zur Wiedervereinigung Deutschlands, dass nun – anders als bei BRD und DDR – zusammenwachsen müsse, was nicht zusammengehöre. „Das heißt, die Wiedervereinigung Deutschlands ist um einiges einfacher. Und mit der ist man noch nicht fertig“, meint der Parlamentarier. Soviel zur Gesellschaft. In Sachen persönlicher Identität weckt Knasmüller mehr Hoffnungen: „Man muss seine eigene Identität nicht ablegen, um eine neue reifen zu lassen. Man kann auch Werte in seine Identität aufnehmen, ohne seine Wurzeln dabei zu vergessen.“ Einheit in der Vielfalt eben – the European way. ■

Katharina Schmidt ist Innenpolitik-Redakteurin bei der „Wiener Zeitung“ und Autorin. Sie studiert Migrationsmanagement an der Donau-Universität Krems.

Fotos: Susanne Knasmüller © BMEIA; Heinz Fassmann © Uni Wien

ANZEIGE



TPA Horwath

Umfassendes steuerliches Spezialwissen für die Immobilienbranche auf 0,021m².

Jetzt kostenlos die Broschüre bestellen und profitieren: service@tpa-horwath.com oder unter www.tpa-horwath.at

„... Willkommenskultur“



St. Margarethen, März 2016

„Festung Europa ...“

Schwierig, aber machbar

Die Migrationsforscherin **Gudrun Biffl** von der Donau-Universität Krems im Interview über die Chancen der Asylwerber auf Integration.

Von Katharina Schmidt

upgrade: *Neulich in einer Kaserne bei Spielfeld: Innen- und Verteidigungsminister stehen auf einem Mannschaftswagen des Bundesheers und beobachten Polizei und Heer dabei, wie sie gemeinsam ein „Druckausgleichsszenario“ für den Asyl-Ernstfall an der Grenze proben. Die Optik ist wohl ganz bewusst beängstigend martialisch. Ist unsere Solidarität mit Asylwerbern am Ende?*

Gudrun Biffl: Das glaube ich schon, zumindest auf der Makroebene. In Orten, wo es große Asylwerberheime gibt, oder auch in den Städten, bestehen schon Ängste der Politik. Überall dort, wo sich die Asylwerber nicht willkommen fühlen, gehen sie weg und ziehen in die Städte. Und dort entstehen dann Slums – viel schneller als erwartet. Aber das Beispiel Oberösterreich zeigt, dass in kleinen Gemeinden, wo Asylwerber aufgenommen werden und eine gute Begleitung stattfindet, die FPÖ sogar an Bedeutung verliert.

Es geht also darum, dass eine Integration stattfinden kann?

Biffl: Ja, und vor allem um Kommunikation. Wir achten nur darauf, dass wir die Flucht-

bewegung managen, übersehen aber, dass alle Menschen mitgenommen werden wollen. Es sind ja derzeit alle unzufrieden: Mit den Flüchtlingen wird nicht geredet, sie kennen sich nicht aus. Und mit den Gemeinden wird auch nicht auf gleicher Augenhöhe geredet. Das Problem sind auch die unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen – in manchen Bundesländern können Flüchtlinge ja nicht in Privatquartieren untergebracht werden.

... was aber für die Integration sehr viel sinnvoller wäre als Massenquartiere.

Biffl: Ja, aber auch zeitkonsumierender, weil man mit den Menschen reden muss. Interkulturelle Kommunikation ist sehr schwierig: Die Menschen wissen nichts voneinander. Es wird unterschätzt, dass man da wesentlich mehr Zeit aufwenden muss als bei der Aufnahme von Touristen. Man muss hier auch bei den Einrichtungen des Gemeinwesens ansetzen. Denn es ist nicht damit getan, dass man einer Nichtregierungsorganisation die Aufgabe übergibt und die stecken die Asylwerber irgendwo in ein großes Heim hinein und kümmern sich >>



„Wenn es ein Business ist, dann können Menschen zur ‚Ware‘ werden.“

nicht weiter um die Umgebung. Die Bürgermeister sind frustriert, weil die NGOs nicht (immer) mit ihnen reden und den Prozess der Integration in der Gemeinde nicht (immer) vereinfachen. Bei den NGOs bestehen wiederum Ressentiments gegen „die da oben“, die als „unmenschlich“ wahrgenommen werden. Aber es ist wichtig, zu erkennen, dass überall Menschen sitzen, jeder hat so seine Zwänge. Man muss im Grunde immer neu anfangen und die Kommunikation mit dem Anderen suchen.

Spätestens seit dem chaotischen Sommer und Herbst 2015, als Traiskirchen aus allen Nähten geplatzt ist, haben sich weite Teile der Zivilgesellschaft für die Asylsuchenden eingesetzt, sie versorgt, ihnen Deutschkurse, Schlafplätze, Fürsorge angeboten. Ist das Politikversagen oder Ausdruck einer Solidarisierung mit Flüchtlingen?

Biffl: Die offensichtliche amtliche Überforderung hat sicherlich dazu beigetragen, dass die Zivilgesellschaft aktiviert worden ist. Ausgangspunkt war, dass die Verwaltung keine Ressourcen dazu hat, die Erstaufnahmestellen selbst zu verwalten. Daher hat sie die Aufgaben dort an Einrichtungen vergeben, die profitorientiert arbeiten. Wenn es ein Business ist, dann können Menschen zur „Ware“ werden. Das Gegenmodell dazu ist die Gemeinwesenarbeit, die aber erst erlernt werden muss.

Waren die Bilder vom Sommer und Herbst nicht aber auch ein bewusstes Signal der Politik in Richtung Herkunftsländer: „Bei uns ist kein Platz, hier gibt es keine Versorgung“?

Biffl: Natürlich, es ist auch notwendig, gegenzusteuern. Aus Befragungen in den Herkunftsländern wissen wir, dass dort den Menschen gesagt wird, in Österreich würden Milch und Honig fließen nach dem Motto: „Dort gibt es Geld, auch wenn du nichts arbeitest“. In Österreich wird erwartet, dass sich die Menschen um sich selbst kümmern, sich selbst organisieren. Das ist zu den Menschen, die herkommen, meist nicht durchgedrungen. Natürlich wäre es von Vorteil, wenn der Asylantrag im Ausland, bei einem Hotspot, nach einheitlichen EU-Standards und mit guter Qualität erfolgen könnte. Und dann würde von dort aus die Zuteilung auf diverse EU-Länder stattfinden, wobei eventuell schon vorhandene ethnische Communities aus dem Herkunftsland bevorzugte Zuwanderungsregionen sein könnten. Aber da das bis dato nicht funktioniert, will man mit Grenzkontrollen in Österreich, etwa in Spielfeld, neue Realitäten schaffen. Dann könnte daraus vielleicht ein Hotspot im Inland entstehen.

Aber ist denn die Bildung von Communities sinnvoll für die Integration?

Biffl: Im Vorfeld geht es um eine Länderquote und dort wieder um eine regionale

Aufteilung. Das Ziel sollte sein, dass Flüchtlinge nicht vorzugsweise in Städte ziehen, weil die dortige Anonymität einer Ghettoisierung Vorschub leistet. In ländlichen oder kleinstädtischen Regionen ist es oft leichter, individuelle Unterstützung zu organisieren und die interkulturellen Kontakte zu fördern. Menschen sollten in diesen Regionen drei bis fünf Jahre bleiben. Dann können sie gezielt auf- oder umgeschult werden und in den Arbeitsmarkt eintreten. In dieser Zeit muss es möglich sein, die Flüchtlinge so lokal zu verankern, dass sie den Mittelpunkt ihres Lebens dort haben. Die Ghettoisierung in den Städten – in Schweden zum Beispiel in Malmö oder Stockholm – kommt dadurch zustande, dass Flüchtlinge, die in den zugewiesenen Regionen nicht Fuß fassen konnten, in die Städte ziehen, wo es ihnen aber auch oft schwerfällt, eine Arbeit zu finden.

Welche Hebel muss die Politik ansetzen, damit es möglichst rasch zur Integration in den Arbeitsmarkt kommt?

Biffl: Es braucht ein funktionierendes Schnittstellenmanagement: In Österreich fehlen in manchen Regionen Arbeitskräfte in dem einen Bereich, in anderen in einem anderen Bereich. Wenn ich also eine Integration in den Arbeitsmarkt haben will, muss ich schauen, welche Qualifikationen die Zuwanderer haben, und sie regional so aufteilen, dass sie als Ergänzung gesehen werden. Die Zeit rennt, es braucht schnell Kompetenzchecks und Aufschulungen.

In Sachen Bildungszugang scheint man aus den Fehlern der Gastarbeiterintegration gelernt zu haben und ist jetzt um bessere Integration der Kinder von Anfang an bemüht. Was muss man hier tun?

Biffl: Die Schulen haben zwar Geld bekommen, aber so schnell spezialisierte Lehrer zu bekommen ist extrem schwierig. Daher halte ich fürs Erste eine Bündelung der Kinder in gemeinsamen Klassen für gar nicht so schlecht. Der Spracherwerb ist aber von vielen Faktoren abhängig: Wie gut kann ich meine eigene Sprache? Kann ich mein Wissen in die andere Sprache umsetzen? Wir haben im Rahmen eines Projekts festgestellt, dass es innovative Lehr- und Lernmethoden braucht. Am sinnvollsten ist es, einfach im Alltag an den einzelnen Begrif-

fen zu arbeiten – zum Beispiel beim Einkaufen oder Kochen. Auch Theaterpädagogik ist sehr sinnvoll. Es braucht nicht einmal unbedingt Sprachlehrer, sondern einfach innovative Menschen.

Ein Hebel zur Integration, der seit Februar anläuft, ist die Kürzung der Mindestsicherung, wenn man keine Wertekurse besucht. Eine sinnvolle Maßnahme?

Biffl: Familienbeihilfe und Mindestsicherung sind ein wichtiges Thema. Es ist die Frage, ob man nicht zum Beispiel die Familienbeihilfe durch Sachleistungen – zum Beispiel einen Kinderbetreuungsscheck – ersetzen will. Ich stelle diese Idee, die es ja auch schon einmal in Bezug auf die österreichischen Kinder gab, in den Raum. Denn das kann durchaus auch eine integrationsfördernde Maßnahme sein. Die Mindestsicherung würde ich nicht reduzieren, allerdings sehr wohl Bedingungen daran knüpfen. Ich mag den Begriff Werte in diesem Zusammenhang nicht so gerne, denn die Asylwerber haben ja auch Werte, die wir nicht abwerten wollen. Daher: Die Mindestsicherung an Orientierungskurse zu knüpfen ist sinnvoll. In einem späteren Stadium des Aufenthalts – wenn nach dem neuen Asylgesetz nach drei oder fünf Jahren die Fluchtgründe noch einmal geprüft werden – macht es Sinn, den Aufenthaltstitel an Integrationsbemühungen zu knüpfen. Diese Bindung ist eine integrative Maßnahme nach dem Motto: Du bekommst jetzt Mindestsicherung, aber wenn du dich nicht bemüht, wird später dein Aufenthaltsstatut nicht verlängert. Denn wenn man sich an die Mindestsicherung gewöhnt, kann man zwar auf Subsistenzniveau überleben, aber Aufstiegschancen in der Gesellschaft kann man so nicht wahrnehmen.

Abschließend eine kleine Zukunftsprognose: Ist es schaffbar, die Menschen zu integrieren, die ja einen völlig anderen kulturellen Hintergrund mitbringen?

Biffl: Es ist schon schwierig, weil es auf die Relationen ankommt. Es wird sich aber auch unsere Kultur verändern. Wichtig ist sicherzustellen, dass es in den großen Städten nicht zu Ausgrenzung und Segregation kommt, das muss strategisch angelegt werden. Dann aber ist es machbar. ■

Univ.-Prof. Mag. Dr. Gudrun Biffl leitet seit 2008 das Department für Migration und Globalisierung an der Donau-Universität Krems. Davor war die Ökonomin mehr als drei Jahrzehnte lang am Wirtschaftsforschungsinstitut tätig, unter anderem mit den Schwerpunkten Arbeitsmarkt, Bildung, Migrationen und Gender. Sie ist Mitglied in zahlreichen Beratungsgremien, darunter dem Expertenrat für Integration des BMELA und der Wiener Zuwanderungskommission.



Migration und Integration

Schwerpunkt an der Donau-Universität Krems. Von Arbeit bis Wohnen, von Gesundheitsfragen bis Religion: Praktikable Integrationskonzepte brauchen eine systemische Sicht. An der Donau-Universität Krems hat das Department für Migration und Globalisierung unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. Gudrun Biffl eine starke Expertise aufgebaut. In Zusammenarbeit mit weiteren Departments an der Universität, mit dem Wirtschaftsforschungsinstitut ECO Austria und mit dem Österreichischen Institut für Internationale Politik OIIP bündelt es starke Kompetenzen. Das Department forscht, berät und lehrt im Dreieck Migration, Integration, Sicherheit. „Wir stoßen Innovation in der Migrations- und Integrationspolitik an und pilotieren sie. Wir denken über wissenschaftliche Disziplinen hinweg und verbinden die Wissenschaft mit der Praxis. Integration betrachten wir im doppelten Sinn: Integration von Zuwanderern und im Sinne des Brückenbauens zwischen Institutionen.“ Das Ziel: den Wirtschaftsstandort Österreich stärken, Lebensqualität sichern.

Wissen & Austausch



Mit einer Vielzahl an **Büchern, Buch- und Schriftenreihen sowie Studien und Periodischen Expertisen** wie den OECD-SOPEMI-Berichten zur Migrationsbeobachtung hält das Department für Migration und Globalisierung seine Expertise fest. Die jährliche **Summer School – Dialogforum** bringt seit 2009 Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Praxis zu Themen der Migrations- und Integrationspolitik zusammen.

Vielfältiges Lebrangebot

Neben seinen zehn Weiterbildungsprogrammen zum Thema Migration – Integration hat die Donau-Universität Krems das PhD-Studium „Migration Studies“ eingerichtet.

Sicherheit

Asylfragen unter Sicherheitsaspekten diskutieren, Daten zum Menschenhandel gewinnen, Schnittstellen managen

- EU-Projekt gegen Trafficking (Menschenhandel)

Religion und Kultur

Islamforschung im europäischen Kontext; Religionsdialog der abrahamitischen und weiteren Religionen; die Religionslandschaft in Niederösterreich

- Studie Muslimische Vielfalt in Niederösterreich
- Lehrgang Neo-Salafistischer Islamismus. Grundlagen – Analyse – Prävention

Jugend

Analyse der Bildungs- und Berufsplanung von migrantischer Jugend, Jugendkultur erforschen

- Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Lehre – Strukturen, Barrieren, Potentiale

Gesundheit

Einbinden der Dimension Erwerb in die Themen Gesundheit und Pension unter Berücksichtigung von Zuwanderung

- Das Verständnis von Sucht von Migrantinnen und Migranten in Österreich und Implikationen für die Präventionsarbeit
- Lehrgang Migrant Health: Addressing New Challenges in Europe

Arbeit

Arbeitsmarktanalysen unter Migrations- und Integrationsgesichtspunkten; Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen (Know-how für die Ausarbeitung des Berufsamerkennungsgesetzes)

- OECD-SOPEMI-Report „Migration and Labour Integration in Austria“
- Lehrgang Migrationsmanagement

Wohnen

Raum unter sozialen Aspekten analysieren, die Dimensionen Wohnen und Zusammenleben verknüpfen; Migrationsaspekte in Regionalforschung integrieren

- EU-Projekt Building Inclusive Urban Communities
- Lehrgang Diversität und Wohnmanagement

Grundlagen

Statistisches Monitoring von Migration und nachhaltige Migrationspolitik; Kosten und Nutzen der Fluchtmigration erheben; Integrationspolitik mit integriertem Regionalmanagement kombinieren; Effekte der Willkommenskultur für Wirtschaft und Gesellschaft analysieren und prognostizieren

- Machbarkeitsstudie zu einem Zuwanderungskonzept für Österreich
- Lehrgänge Migrationsmanagement; Integrative Regionalentwicklung für Kommunen, Gemeinden und Regionen

Globalisierung

Europa als Vehikel von Migrations- und Integrationspolitik nutzen; die Dimension der Globalisierung mitdenken



- Diskussionsformate: die Reihe Globalisierungsforum (Bild) sowie die Globe.Lounge
- Lehrgang Interkulturelles Management in der Europäischen Union

Bildung

Innovation im Bildungssystem anstoßen; Konzepte für integrierte Schulstandorte mit einem hohen Anteil von migrantischer Jugend als Unterstützung von Kommunen und Eltern

- Der Einfluss sozialer Netzwerke auf die Bildungs- und Berufsentscheidungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Wien und Vorarlberg
- Lehrgang Provokationspädagogik

Legende:

- Forschungsbeispiel
- Lehrbeispiel

Foto: Dialogforum, Donau-Universität Krems

„...besorgte Bürger“



Mureck, März 2016

„Gutmenschen ...“

Am Scheideweg

Zu keiner anderen Zeit stand der Islam so sehr im Mittelpunkt von Rechts- und Sicherheitsfragen wie jetzt. Für eine gelungene Integration der Muslime in Europa sind noch weit mehr Anstrengungen nötig.

Von Mazdak Raki

Montasser war 18 Jahre alt, als es um ihn geschehen war. Der aufgeweckte Bursche mit der Eins in Mathe entschied sich, in eine Welt abzutauchen, die er als gerecht empfand: von seiner Lieblingsstraße im Brüsseler Problembezirk Molenbeek in den bewaffneten Kampf, irgendwo im Palästinenser-Gebiet. „Damals war ich der festen Überzeugung, dass ich das Richtige mache, auch wenn alles dagegen sprach“, sagt er heute. Aufgewachsen in einer moderaten Familie, empfand er trotzdem eine große Leere in sich, im letzten Moment konnte ihn seine Mutter noch ausfindig machen und ihn vor diesem freien Fall bewahren.

so stark einknicken zu lassen? Welcher staatliche Rahmen wäre vonnöten? Und wie viele Spielarten des Islam gibt es? Diese Fragen scheinen alle zu interessieren, Eliten ebenso wie überforderte Bürger. Denn die Bedeutung des Islam in Österreich wird sich weiterhin vergrößern. Laut dem Wiener Institut für Islamische Studien ist die Anzahl von Menschen aus Ländern mit islamischem Glauben im Zeitraum 2001 bis 2012 um gut 69 Prozent auf 573.876 Personen gestiegen. Und sie wird weiter steigen.

Neue gesetzliche Stellung des Islam in Österreich

Ein Beispiel der Extreme, das seit Jahren eine Debatte um Islam und Integration auslöst. Welches Verhältnis sollte ein souveräner Staat wie Österreich zum Islam pflegen, um Menschen wie Montasser gar nicht erst

Vor diesem Hintergrund ändert sich das Verhältnis zwischen Staat und Islam im besonderen Maße. Im März 2015 trat etwa das neue Islamgesetz in Kraft, es stellte die gesetzliche Lage der Muslime in Österreich auf neue Beine. „Es soll den Erfordernissen einer seit den 1980er Jahren stark >>



RICHARD POTZ

Univ.-Prof. Dr. Richard Potz studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien und ist emeritierter Professor am Institut für Rechtsphilosophie, Religions- und Kulturrecht. Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. Religions- und Kulturrecht und Rechtsfragen zum Islam in Europa.



RIEM SPIELHAUS

Dr. Riem Spielhaus forscht derzeit am Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa (EZIRE). Ihre Schwerpunkte behandeln muslimische Minderheiten, das islamische Gemeindeleben und die Religionspraxis von Muslimen. Sie studierte Islamwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin.

gewachsenen muslimischen Bevölkerung gerecht werden“, sagt Ernst Furlinger, Leiter des Zentrums für Religion und Globalisierung an der Donau-Universität Krems. Jahrelang schon stand die Islamische Glaubensgemeinschaft (IGGiÖ) im regen Kontakt mit den zuständigen Expertengruppen; so wurden etwa Bereiche wie muslimische Seelsorge im Krankenhaus, in Gefängnissen und beim Bundesheer sowie islamische Feiertage und die rechtliche Handhabung an islamischen Friedhöfen neu gedacht. „Ich sehe das neue Islamgesetz als Verstärkung der rechtlichen Inklusion der Muslime und des Schutzes der Religionsfreiheit“, fügt Furlinger hinzu. „Ein besonders wichtiger Schritt war die Verankerung der islamischen Theologie in Form mehrerer Professuren an der Universität Wien“, erklärt der Religionswissenschaftler.

Das Islamgesetz wäre eine positive Nachricht über die Einbeziehung und Emanzipation der Muslime gewesen. Aber: „Wie oft in politisch-emotionalen Debatten wurden die Ebenen der globalen Konflikte und die Belange österreichischer Muslime miteinander vermengt“, stellt der Religionsexperte

„Ein besonders wichtiger Schritt war die Verankerung der islamischen Theologie in Form mehrerer Professuren an der Universität Wien.“

Richard Potz

fest. Einen weiteren beunruhigenden Höhepunkt erfuhr das Thema durch islam- und fremdenfeindliche Bewegungen und Parteien in Europa, die durch einen breit definierten Deutungsrahmen über Fluchtmigration in der gesellschaftlichen Mitte Gehör fanden. „Über soziale Medien wurden übelmeinende Gerüchte, Hassparolen oder islamfeindliche Ideologie in großer Schnelligkeit und Massivität verbreitet“, kritisiert Furlinger. Wie könnte man dem entgegenwirken? „Eine langfristige Sachpolitik in der Flüchtlingsfrage, die auf EU-Ebene ansetzt, muss noch viel stärker gegenüber der Bevölkerung aktiv kommuniziert werden, um so die grassierende „moral panic“ zu dämpfen“, betont Furlinger.

Staat und Religion im Wandel

„In den letzten 15–20 Jahren hat sich das Verhältnis Staat – Religion verändert“, unterstreicht auch Richard Potz, Experte für Religionsrecht. Der Hauptgrund dafür sei die Pluralisierung der österreichischen Religionslandschaft. Einerseits steigt die Zahl der Konfessionslosen stetig an, andererseits wirkt sich die neue Zuwanderung aus – dabei steht zweifellos der Islam im Vordergrund. Diese Pluralisierung führte zu neuen Herausforderungen auch für das bestehende Religionsrecht. „Es spielen aber nicht nur integrationspolitische Fragestellungen, sondern auch sicherheitspolitische Überlegungen europaweit in das Religionsrecht hinein“, wirft Potz ein. Der Staat werde sich in manchen religionsrechtlichen Bereichen zwangsläufig neue Strategien überlegen müssen.

Dem vorausgehend, hätten sich ebenso die Akzente in der Wahrnehmung von Migranten in den letzten 30 Jahren deutlich verschoben. Während die religiöse Dimension vor Jahrzehnten kaum wahrgenommen wurde, kam es insbesondere seit dem 11. September 2001 zu einer auffälligen Wende, welche in der Literatur als „Religionisierung“ bezeichnet werde, führt Potz aus. Daher: „Menschen aus Ländern mit islamischer Tradition wurden nicht mehr ethnisch oder national – als Türken, Ägypter, Iraker –, sondern pauschal als Muslime wahrgenommen.“ Genau hierin

besteht die Gefahr, denn auf der anderen Seite finden sich einige muslimische Jugendliche, die sich trotz religiösem Pluralismus kaum dazugehörig fühlen. Hier gilt es klare Signale zu setzen, der Staat müsse sich eindeutig positionieren und durch Begegnung, öffentliche Aufklärung und Diskussion der Radikalisierung entgegensteuern, resümiert Potz.

Wer spricht für Muslime?

Eine weitere Variable sei die Repräsentanz einer Gruppe. Wer spricht für die Muslime? In der islamischen Welt gebe es nur wenige Länder, die eine vollständige Trennung zwischen Staat und Religion vollzogen haben, wie sie insbesondere im Christentum besteht, erklärt Aladin El-Mafaalani, Professor für Politikwissenschaft und Politische Soziologie an der Fachhochschule Münster.

Gleichzeitig aber seien Religionsgemeinschaften im deutschsprachigen Raum immer daran interessiert, große Organisationen zu gründen, wobei es aber keine Tradition des Sich-Organisierens gebe. Demnach würden die großen muslimischen Verbände einen selektiven Ausschnitt der Muslime darstellen. „Die großen Gemeinden repräsentieren nur einen Bruchteil der Muslime. Wahrscheinlich sind 80 Prozent der Muslime in Deutschland gar nicht organisiert“, stellt El-Mafaalani klar.

Manche junge Muslime würden sich deshalb lieber mit Gleichaltrigen treffen und auf Deutsch kommunizieren, als verstreut in ethnisch aufgeteilten Gemeinden zu sein. Genau das können radikale Randgruppen liefern: Sie ziehen junge Menschen durch ihre Andersartigkeit an, weil sie ihre popkulturellen Inhalte über soziale Medien anbieten, erklärt El-Mafaalani. „Wenn Randständigkeit zu einer Erfahrung junger Muslime wird, dann kann das zu weitreichenden Problemen führen, denn junge Menschen wollen dazugehören und streben nach Anerkennung“, sagt der Politologe. Anfällig für diesen Radikalismus seien dann eben jene jungen Menschen, die durch die Gesellschaft und die Medien ausschließlich auf ihre vage, religiöse Zugehörigkeit als „Moslem“ reduziert werden.

Fotos: Riem Spielhaus: Privat; Aladin El-Mafaalani: Privat



ERNST FÜRLINGER

Dr. Ernst Furlinger ist Leiter des Zentrums Religion und Globalisierung an der Donau-Universität Krems und forscht zu Themen rund um den interreligiösen Dialog und Islam sowie Interkulturalität. Furlinger studierte katholische Fachtheologie in Salzburg.



ALADIN EL-MAFAALANI

Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Wirtschaftswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum. Er ist Professor für Politikwissenschaft an der Fachhochschule Münster mit den Schwerpunkten Bildungsforschung, Migrationsforschung und Sozialpolitik.

„Die großen Gemeinden repräsentieren nur einen Bruchteil der Muslime.“
Aladin El-Mafaalani

Radikalisierung aus dem Internet

Für die Islamwissenschaftlerin Riem Spielhaus fängt die Radikalisierung junger Menschen nicht unbedingt in der Moschee an: „Vielmehr kommt der Anstoß offenbar häufig über das Internet und setzt sich in kleinen radikalen Gruppierungen, sogenannten Splittergruppen, die von den größeren Gemeinden gemieden werden, fort.“ Große muslimische Organisationen würden deshalb den Fokus ihrer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen auf die Vermittlung religiöser Werte und ein islamisches Grundverständnis legen. Zahlreiche Vorurteile würden viele Menschen haben, die der sogenannten Generation 9/11 angehören. Damit sind vor allem die heute 25-Jährigen gemeint, die durch die internationalen Medien nur Negatives über den Islam rezipiert haben. „Der Islam als Religion des Terrors und der Gewalt wiederholt sich in den Köpfen fortlaufend, Aspekte wie Nächstenliebe, Spiritualität, Befriedung der Seele kommen in der Medienberichterstattung kaum vor“, moniert die Islamwissenschaftlerin. Gleichzeitig bestehe in den Gemeinden ein Bedarf an Professionalisierung und nachhaltigen Strukturen, um gesellschaftliche Aufgaben wie die langwierige Arbeit mit Jugendlichen oder auch mit Flüchtlingen umsetzen zu können, damit Fälle wie jene von Montasser gar nicht mehr vorkommen. ■

„...unbegrenzttes Schutzrecht“



Spielfeld, März 2016

„Asyl auf Zeit...“

Anker in der Strömung

Wissenschaft ist ohne Migration und Integration undenkbar. Doch welche Rolle kommt den österreichischen Universitäten und Fachhochschulen im aktuellen Flüchtlingsdiskurs zu?

von David Rennert

I

n der Wissenschaft gleichen wir alle nur den Kindern, die am Rande des Wissens hie und da einen Kiesel aufheben, während sich der weite Ozean des Unbekannten vor unseren Augen erstreckt“, schrieb Isaac

Newton im 17. Jahrhundert. Die Metapher passt noch immer. Territoriale Schranken oder ein Grenzmanagement kennt dieser Ozean des Unbekannten nicht, genauso wenig der menschliche Drang zur Erkenntnis, dem Newton durch seine Beiträge zur wissenschaftlichen Methodik einen Dienst für die Ewigkeit erwies.

Wenn heute die Grenzen der Wissenschaft diskutiert werden, sind damit auch selten nationale oder territoriale gemeint. Denn, wie es der deutsche Philosoph Julian Nida-Rümelin in seinem Traktat „Verant-

wortung“ (Reclam 2011) auf den Punkt bringt: „Die scientific community, die Gemeinschaft der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, ist global, sie kennt keine nationalen, ethnischen, kulturellen Grenzen.“

Globale Grenzenlosigkeit

Was die Institutionen der Wissenschaft angeht, ist diese globale Grenzenlosigkeit weit fortgeschritten – und hat gewissermaßen Tradition. Der Begriff „Universität“ ist der „universitas magistrorum et scholarium“ entlehnt, der mittelalterlichen „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“. Und diese war, trotz des jahrhundertelangen Ausschlusses großer Bevölkerungsgruppen, seit jeher von Migration und Internatio- ➤



ELMAR PICHL

Mag. Elmar Pichl ist Leiter der Hochschulsektion im Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFW). Der studierte Jurist (Universität Graz) ist seit 2007 in unterschiedlichen Funktionen im Ministerium tätig.



OLIVER VITOUCH

Univ.-Prof. Dr. Oliver Vitouch ist Rektor der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Zuvor lehrte der habilitierte Psychologe unter anderem an der FU Berlin und der Universität St. Gallen. Seit Jänner 2016 ist Vitouch Vizepräsident der Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko).



KURT KOLEZNIK

Mag. Kurt Koleznik ist Generalsekretär der Österreichischen Fachhochschulkonferenz (FHK). Er studierte Philosophie und Kunstgeschichte an der Universität Innsbruck und war Geschäftsführer der FH Vorarlberg.

nalität geprägt. Für die Hochschulen und Universitäten des 21. Jahrhunderts sei diese Globalität sogar das zentrale Entwicklungsmoment, sagt Elmar Pichl, Leiter der Hochschulsektion im Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. „Dort findet dauernd Migration und Integration statt – und als besonders sichtbare Orte sind sie damit Vorbilder für eine weltweite offene Gesellschaft.“

Doch wie kann das in der Wissenschaft so zentrale wie erfolgreiche Konzept der Internationalität und Offenheit in die Gesellschaft hineingetragen werden? In Zeiten der Verunsicherung, wie sie in Österreich seit Beginn der Flüchtlingskrise vergangenen Sommer herrschen, erscheint diese Frage umso dringlicher. Indirekt werden die Universitäten ja schon in § 1 des Universitätsgesetzes 2002 dazu angehalten, „verantwortlich zur Lösung der Probleme des Menschen sowie zur gedeihlichen Entwicklung der Gesellschaft und der natürlichen Umwelt beizutragen“. Was

„An den Hochschulen und Universitäten findet dauernd Migration und Integration statt – sie sind damit Vorbilder für eine weltoffene Gesellschaft.“

Elmar Pichl

aber bedeutet das für die österreichischen Universitäten und Fachhochschulen konkret, während die Rufe nach Grenzzäunen und Flüchtlingsobergrenzen immer lauter werden?

Pichl sieht die Hochschulen hier zweifellos gefordert, sich als Stätten des Wissens mit ihrer Expertise einzubringen. Dabei würden sich in der aktuellen Situation zwei grundsätzliche Fragen stellen: ob und wie Studierende, die aus Krisengebieten nach Österreich geflüchtet sind, ihr Studium hier wieder aufnehmen können, und was in der Zwischenzeit getan werden kann, um sie in ihrer schwierigen Situation aufzufangen.

Sinnvolle Angebote

Für Oliver Vitouch, seit Anfang des Jahres Vizepräsident der Österreichischen Universitätenkonferenz uniko, steht fest, dass die Universitäten sehr rasch reagiert haben, „im Rahmen dessen, was sie am besten können: Kurse anbieten und einem spezifischen Segment der Migrantinnen und Migranten brauchbare Angebote machen“. Daran orientiert sich auch die Flüchtlingsinitiative „MORE“, die im Vorjahr von der Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko) initiiert wurde, um Asylsuchenden Perspektiven für ein Studium zu eröffnen. „Zunächst geht es darum, zur Integration an und für sich beizutragen, indem man die Menschen mit bereits vorhandenen Strukturen einen sinnvollen Tagesinhalt gibt, einen Anker, der sie ein Stück weit erdet“, sagt Vitouch. Das umfasse die Einbindung in sportliche und kulturelle Strukturen ebenso wie Maßnahmen zur Verbesserung der Deutschkenntnisse.

Dann aber müsse man in den Blick nehmen, ob diejenigen, die bereits in ihrem Heimatland entsprechende akademische Qualifikationen erworben haben, darauf aufbauen können. Konkret werden über „MORE“ neben Sprachkursen auch Plätze in ausgewählten Lehrveranstaltungen angeboten, die Flüchtlinge auch ohne Studienzulassung als außerordentliche Hörer besuchen können. Im Falle einer späteren Zulassung zu einem ordentlichen Studium besteht die Möglichkeit, diese anrechnen zu lassen.

Als gesellschaftlich relevante Einrichtungen hätten sich auch die Fachhochschulen rasch des Themas angenommen, sagt Kurt Koleznik, Generalsekretär der österreichischen Fachhochschulkonferenz (FHK). Er verweist auf unentgeltliche Sprachkurse, die Bereitstellung von Räumlichkeiten oder die zeitliche Freistellung von Mitarbeitern, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren. Ein koordiniertes Vorgehen nach dem Vorbild der Universitäten hält er für die FHs aber nicht für zielführend. „Die Fachhochschulen sind regional sehr unterschiedlich von dem Flüchtlingsstrom betroffen“, sagt Koleznik. Je nach Bedarf habe man vor Ort adäquat reagieren können. „Wir wollen aber hier nicht Geld oder Zeit in die Verwaltung von etwas investieren, sondern eher den einzelnen Menschen, die in Not sind, direkte Hilfe zukommen lassen.“

Für die Fachhochschulen stelle sich die Situation seit Beginn der Flüchtlingskrise insgesamt etwas anders dar als für die Universitäten, sagt Koleznik. Denn an den FHs gibt es ein anderes Aufnahmeverfahren, zudem ist ein Quereinstieg generell nicht möglich – die Studiengänge starten immer erst im Herbst. Dadurch sei es bislang kaum zu Bewerbungen von Flüchtlingen gekommen, für den kommenden Herbst sei aber mit einem Anstieg zu rechnen. „Die Fachhochschulen haben also gut Zeit gehabt, sich vorzubereiten.“

Zulassung mit Augenmaß

In der Frage der Zulassung von Flüchtlingen zum Studium in Österreich gilt es aber da wie dort, einen Balanceakt zu meistern: Einerseits sollen sie nicht benachteiligt werden, um ihnen reale Chancen zur Integration zu eröffnen. Andererseits muss der Eindruck vermieden werden, dass Menschen, die nach Österreich geflüchtet sind, bei der Hochschulzulassung bevorzugt behandelt werden gegenüber Studienanwärtern mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Letzteres könnte dazu führen, dass die ohnehin schon aufgeladene Stimmung gegenüber Flüchtlingen verschärft wird und es zu einer zunehmenden Abwehrhaltung kommt. Koleznik spricht sich daher

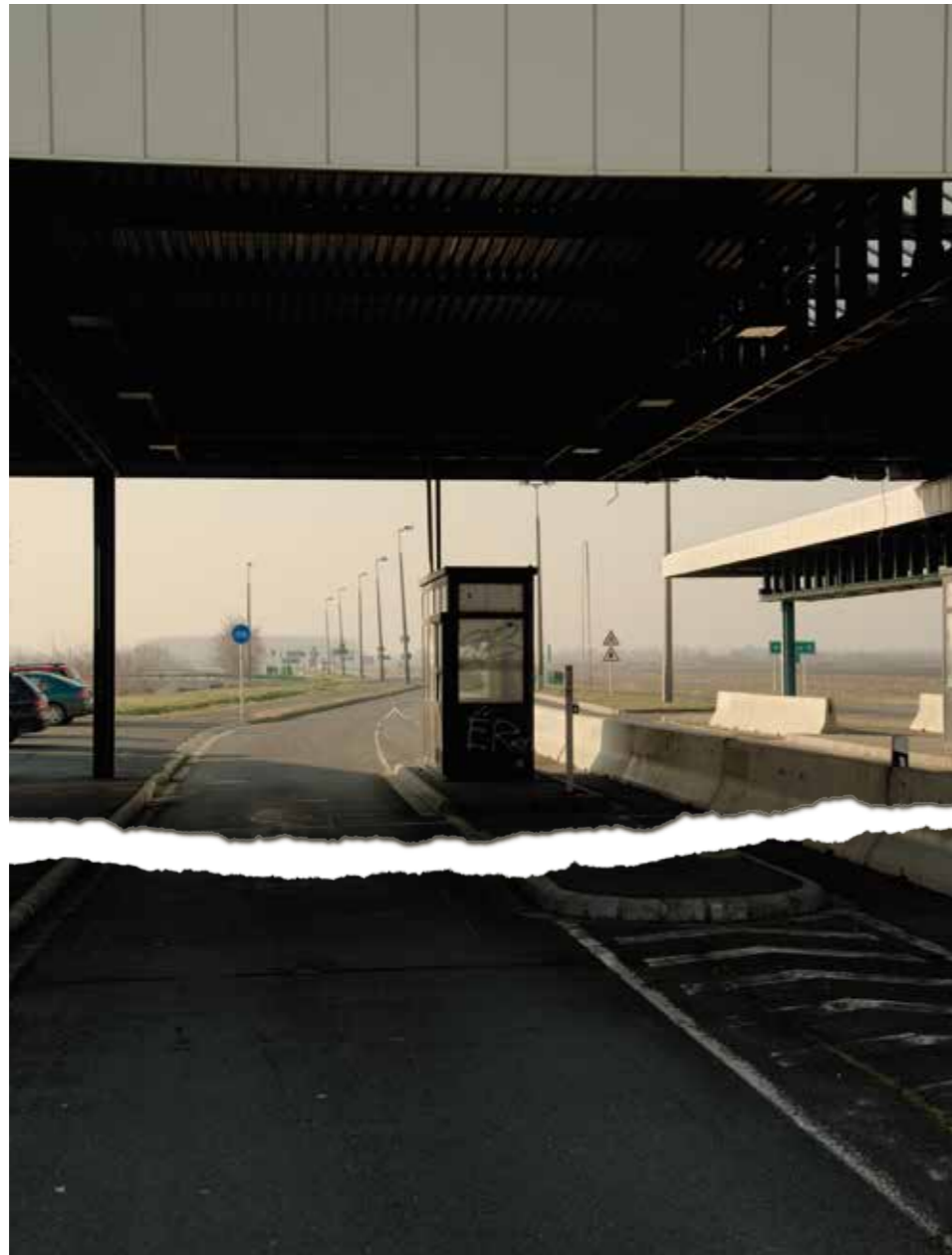
dafür aus, bei Flüchtlingen „Augenmaß walten zu lassen, aber nicht alle Augen zuzudrücken“. Nachsatz: „Die Leute müssen schon das bringen, was man braucht, sonst wäre das eine Ungleichbehandlung Inländern gegenüber.“ Auch Vitouch betont für die Zulassung an den Universitäten: „Wir behandeln Flüchtlinge nicht besser – aber auch nicht schlechter.“

Der habilitierte Psychologe Vitouch nimmt im öffentlichen Diskurs um die Flüchtlinge ein emotionales „Pingpong zwischen Euphorie und Panik“ wahr, das immer wieder „vom einen Extrem ins andere schwappt“. Bei einem Teil der Menschen führe das zu Angst und Abwehrhaltung vor dem Fremden, gepaart mit der Sorge um die eigene Zukunft. Bei anderen kanalisieren sich diese emotionale Energie hingegen in einem „positiven, willkommen heißen Sinn“, wie etwa in der Unterstützung auf Bahnhöfen oder in anderen privat und individuell getragenen Hilfsinitiativen. Die große Verunsicherung, wie mit der Situation umzugehen ist, sei in der gesamten Debatte aber vom einzelnen Individuum bis zur politischen Ebene sehr augenfällig.

Fest steht: Um eine Atmosphäre zu schaffen, in der wissenschaftliche Höchstleistungen vollbracht werden können, war es für Universitäten immer schon von Bedeutung, sich offen gegenüber Flüchtlingen zu zeigen. Exemplarisch dafür stehen die Lebensgeschichten der letzten drei gebürtigen Österreicher, die einen Nobelpreis für wissenschaftliche Leistungen erhalten haben: Eric Kandel, Martin Karplus und Walter Kohn. Sie alle wurden einst von den Nationalsozialisten zur Flucht aus Wien gezwungen, sie alle wurden von US-amerikanischen Universitäten zum Studium zugelassen. Nur dadurch wurde ihnen jener Weg eröffnet, der sie schließlich zur höchsten Auszeichnung ihres Faches führte.

Natürlich ist nicht jeder Flüchtling, der heute in Österreich um Asyl ansucht, ein künftiger Nobelpreisträger. Doch es steht außer Frage, dass eine Willkommenskultur an den Hochschulen nicht nur den Geflüchteten einen guten Dienst erweisen würde, sondern vor allem auch der Wissenschaft. Und damit letztlich der Gesellschaft, der sie verpflichtet sind. ■

...Angela Merkel



Pamhagen, März 2016

Viktor Orbán...

Schulen als Kraftplätze der Integration

So kann Schule in der Zuwanderungsgesellschaft funktionieren: Schüler individuell fordern und fördern, Stärken forcieren, die Bildungsbiografie begleiten, Eltern einbinden. Im sich schwerfällig ändernden Bildungssystem setzen Schulen ihren eigenen Kurs – etwa in Berlin und in Bregenz.

Von Astrid Kuffner

I

m Februar war nicht nur in heimischen Schulen Zeugnisverteilung, sondern auch für das gesamte Bildungssystem. OECD-Bildungsforscher Andreas Schleicher sprach gelassen aus, dass Bund und Länder in Österreich nicht an einem Strang ziehen, Reformen ins Leere gelaufen sind und jeder fünfte 15-Jährige das Basis-Kompetenzniveau Lesen, Schreiben und Rechnen nicht erreicht. Im Klartext: Das System Schule macht ein Fünftel der ihm Anvertrauten zu einer Risikogruppe und kann nicht damit umgehen, dass Kinder unterschiedlich gut auf eine Bildungskarriere vorbereitet werden. Die befragten Fachleute sind sich darüber einig, dass es gezielte Fördermaßnahmen und zusätzliches Personal brauchen wird, um Flüchtlingskindern ein gutes Ankommen zu ermöglichen. Diese Maßnahmen sind aber nicht neu zu ent-

wickeln, sondern bereits bekannt. Es darf aber nicht vom Zufall abhängen, ob ein Kind diese Betreuung bekommt.

Fünf Punkte für die Schulreform

Isabella Skrivanek, Migrations- und Bildungsforscherin an der Donau-Universität Krems, zitiert weiter aus dem OECD-Bericht: Kinder aus sozioökonomisch schwachen Haushalten haben ein erhöhtes Risiko, zu den lernschwachen Schülern und Schülerinnen zu zählen. Geschlecht, Wohnort, Familiensituation, Migrationshintergrund, Sprachkenntnisse gehören zu den Risikofaktoren. In Österreich hängt eine schulische Leistungsschwäche zu 54 Prozent davon ab, welche Schule man besucht (OECD-Schnitt 35 Prozent). In „guten“ Schulen kann eine Schwäche abgefangen >>



Cordula Heckmann ist Leiterin des Campus Rütli in Berlin-Neukölln sowie Leiterin der dortigen Gemeinschaftsschule. Am Campus wird ressortübergreifend ein integratives Bildungskonzept entwickelt. Cordula Heckmann hat ab 2006 die Transformation von der Brennpunktschule zur Vorzeigschule begleitet. Nach dem Studium an der Freien Universität Berlin begann sie 1985 als Lehrerin zu arbeiten.

„Wir müssen gestalten.“

Für 90 Prozent der Schüler an der Berliner Rütli-Schule ist Deutsch nicht Familiensprache. Die Schulleiterin Cordula Heckmann im Gespräch mit Astrid Kuffner über die Chancen, die die neue Gemeinschaftsschule den jungen Menschen bietet.

Was hat sich bewährt beim Projekt Rütli-Schule?

Heckmann: Es ist nicht schlecht, wenn man Geld hat. Aber es gab auch glückliche Fügungen. Die Senatsverwaltung Berlin legte 2007 das Pilotprojekt „Gemeinschaftsschule“ auf. Wir wurden 2009 durch Fusion mehrerer Schultypen zu so einer ganztägigen, inklusiven Schule. Durch das Stiftungs-Programm „Ein Quadratkilometer Bildung“ und die Stiftung Zukunft Berlin hatten wir die Möglichkeit, uns dafür weiterzuentwickeln, für die „Hülle“ die pädagogische „Fülle“ zu erarbeiten. Zudem trifft sich eine Steuerungsgruppe mit Vertretern aus Politik und Verwaltung für Bildung, Bezirk und Stadtentwicklung halbjährlich und trägt gemeinsam Verantwortung. Die Bauten, die gerade auf dem Campus errichtet werden, sind sozialräumlich gedacht und wirken in das Quartier hinein.

Welche Verbündeten haben Sie?

Heckmann: Wir müssen biografiebegleitend arbeiten, früh ansetzen, damit wir aus der Kompensation herauskommen. Zum Campus Rütli gehören zwei Kitas, eine Freizeiteinrichtung und der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst. Wir haben die VHS, die Musikschule, das Maxim Gorki Theater und die Polizei an Bord. Über Jahre haben wir ineinandergreifende Strukturen erarbeitet – ohne Extragelder für das Personal.

In Österreich wird über Deutsch als Pausensprache diskutiert.

Heckmann: Wissenschaftlich ist belegt, dass Kinder mit ungesicherter Familiensprache häufig die Zielsprache schwerer erlernen. Wir haben muttersprachliche Kurse – da geht es um Wertschätzung –, die zusätzlich und freiwillig zum Schulcurriculum sind und mit einem Zertifikat abschließen, das in der Arbeitswelt gültig ist.

Wie beziehen Sie die Eltern ein?

Heckmann: Wir sehen sie als Erziehungspartner, laden Sie zu Frühstück ein und machen Hausbesuche. Die interkulturelle Moderatorin kommt aus Syrien und spricht Deutsch, Türkisch und Arabisch. Damit erreichen wir 90 bis 95 Prozent der Eltern. Halbjährlich treffen wir Lernvereinbarungen, wie es weitergeht und wer was tun muss. Es geht um Beziehung und Vertrauen, dass wir Gutes für ihr Kind wollen und Experten dafür sind, wie das geht.

Haben wir aus der „Generation Gastarbeiter“ gelernt oder ist die aktuelle Flüchtlingswelle eine neue Herausforderung?

Heckmann: Wichtig ist: Man darf die Dinge nicht ungesteuert machen. Das ist eine schwierige Situation für ein Land und seine Schulen. Das müssen wir gestalten, nicht passieren lassen. Wir haben Erkenntnisse, die wir gut umsetzen können in eine vernünftige Infrastruktur für Integration. Der Rest ist politisch.

werden. Skrivaneks To-do-Liste der Reformvorschläge für bessere Schulen ist kurz, wissenschaftlich belegt und darf als bekannt vorausgesetzt werden. Punkt eins auf der Liste, die flächendeckende Gesamtschule von 6 bis 14 Jahren, wird in Österreich wegen des fehlenden politischen Konsenses nicht umgesetzt. Punkt zwei: der Ausbau ganztägiger Schulformen, wo Kinder und Jugendliche gefordert und gefördert, nicht nur beaufsichtigt werden. Auch Sprachförderung, die Vermittlung sozialer Kompetenzen und Freizeitangebote fänden hier Platz. Punkt drei: Lehrerbildung. Sie wurde bereits in Richtung Individualisierung des Lehrens und Lernens verändert. Mit den großen Pensionierungswellen bis 2025 wird dieses Wissen über neu besetzte Planstellen vermehrt in der Praxis ankommen. Punkt vier: eine indexbasierte Mittelvergabe, gestaffelt nach dem sozioökonomischen Hintergrund im Schulsprengel. Jede Schule bekommt 100 Prozent Basisfinanzierung, „schwierige“ Schulen 20 Prozent mehr für Unterstützungsstrukturen.

Von Berlin nach Bregenz

Punkt eins bis fünf brauchen eine gemeinsame Basis in Form von Gesprächen, Strukturen, Kultur und Verantwortlichkeit. Das bestätigt auch Cordula Heckmann, Leiterin des Campus Rütli in Berlin-Neukölln (siehe Interview). Was in Berlin nach zehn Jahren harter Arbeit funktioniert, wird in Bregenz gerade begonnen. Im Projekt „Bildung Bregenz“ nutzt die Stadt seit 2012 ihre Kompetenz als Schulerhalter. „Wir gestalten über die Sanierung und Errichtung von Räumen Bildung als einen Schlüssel zur Armutsprävention mit“, erklärt Alexandra Kargl, Leiterin der Abteilung Gesellschaft und Soziales der Gemeinde Bregenz. Bis 2020 sollen alle öffentlichen Volksschulen und drei Mittelschulen zu drei Campusstandorten vereint werden, an denen 6- bis 14-Jährige gemeinsam in die Schule gehen. Zwei der drei zukünftigen Standorte haben besondere Herausforderungen zu bewältigen, weil die Kinder erhöhten Förderbedarf oder Migrationshintergrund haben oder aus einer armutsgefährdeten Familie kommen. Die Mission

von „Bildung Bregenz“ ist jedenfalls, allen Kindern in der Stadt bestmögliche Bildungschancen zu bieten. Bei der zugehörigen Organisationsentwicklung werden sie von einem Team des Departments für Migration und Globalisierung der Donau-Universität begleitet. Um Schulen zu Kraftorten der Integration werden zu lassen, will Alexandra Kargl folgende Punkte verwirklicht sehen: „Das Kind steht im Zentrum, die Freude am Lernen bekommt Raum und Schule soll ein Lebensraum sein, wo Auseinandersetzung mit sozialen Themen geschieht und der als Zentrum eines unterstützenden Netzwerks wirkt. Wir wollen die öffentlichen Schulstandorte so attraktiv gestalten, dass sich Eltern nicht die Frage stellen, ihre Kinder lieber in die AHS zu schicken.“

Schule braucht Verbündete

„Die Qualität der Pflichtschule zu verbessern kommt allen zugute“, schickt Eva Haubner, Expertin für Elementarbildung und Schule im Bereich Bildung und Gesellschaft der Industriellenvereinigung, kurz IV, voraus. In der IV haben Bildungsthemen eine lange Tradition – aus gesamtgesellschaftlicher Sicht, aber auch weil Schüler und Schülerinnen die Arbeitskräfte von morgen sind. Seit einigen Jahren nimmt die Interessenvertretung die Elementarbildung im Kindergarten in den Fokus, 2013 Bildung und gelingende Integration. Haubners Analyse: Es wird nur an kleinen Rädchen gedreht, weil die Kompetenzen im Bildungsbereich zersplittert sind. Es sollte in Österreich aber möglich sein, jedenfalls bis zum Ende der Pflichtschule schwierige familiäre oder sozioökonomische Ausgangslagen abzufedern, allen gerechte Chancen zu bieten und eine gute Bildungsqualität für jedes Kind sicherzustellen. In der IV wird gerade intensiv am Thema Bildung statt Unterrichtspflicht gearbeitet. Die Vision sähe zwei verpflichtende Jahre im Kindergarten und dann eine gemeinsame Schule für 6- bis 14-Jährige vor, die mit der mittleren Reife abschließt. Mit diesem Kompetenz- und Qualifikationsniveau sollten alle Jugendlichen anschlussfähig an eine weiterführende Ausbildung sein. ■

ISABELLA SKRIVANEK

MMag. Isabella Skrivaneck forscht und lehrt am Department Migration und Globalisierung der Donau-Universität Krems. Ihre Arbeitsschwerpunkte: Migrations- und Integrationsforschung im Bereich Arbeitsmarkt, Bildung und Qualifikationssysteme sowie Migrationspolitik.



EVA HAUBNER

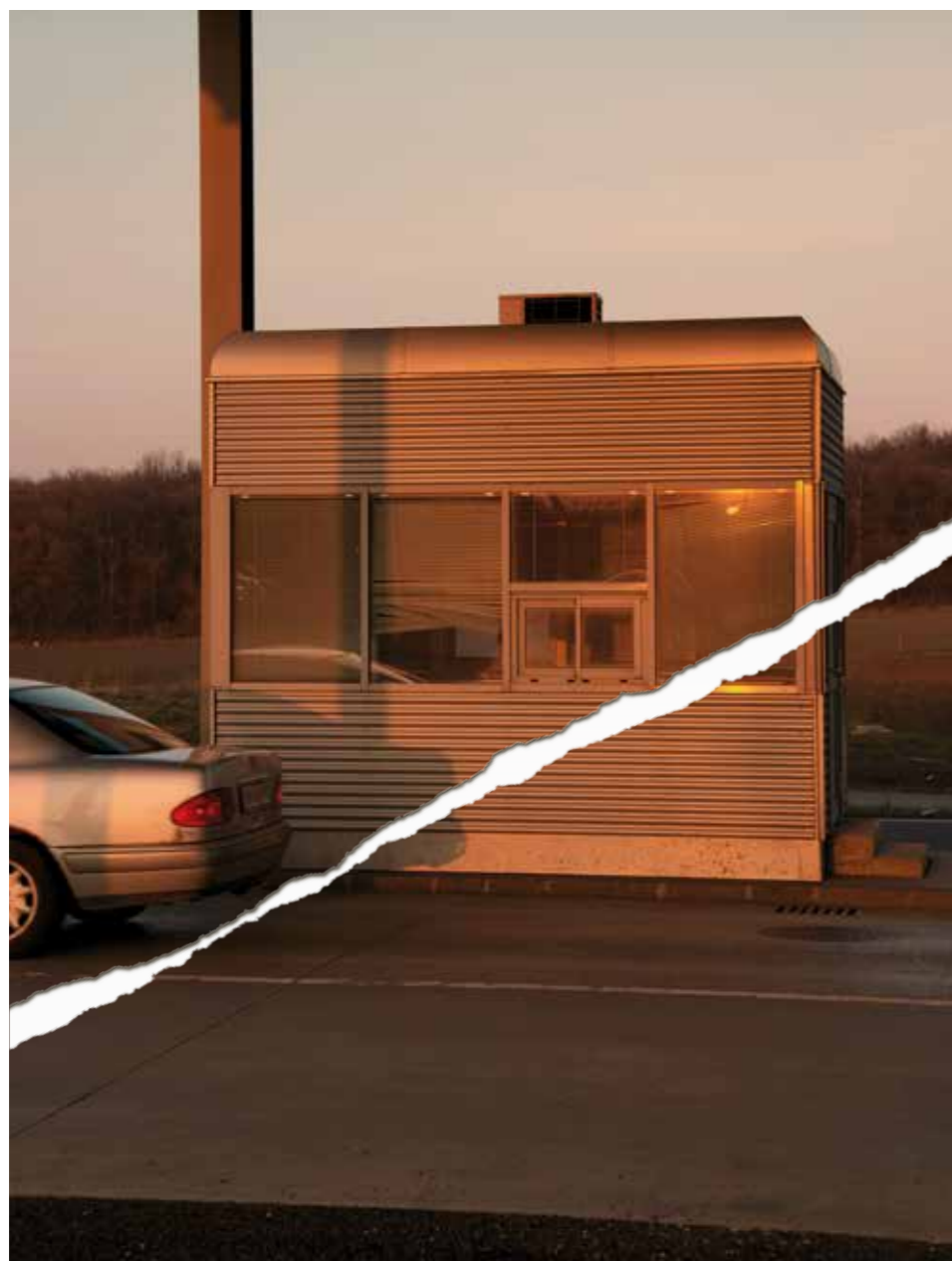
Mag. Eva Haubner, Expertin für Elementarbildung und Schule im Bereich Bildung und Gesellschaft der Industriellenvereinigung, Studium der Rechtswissenschaften & Skandinavistik an der Uni Wien, danach Tätigkeit im Europäischen Parlament.



ALEXANDRA KARGL

ist seit 2008 Leiterin der Abteilung für Gesellschaft und Soziales (Wohnungs-, Sozial- und Seniorenamt, Gesundheit, Schulen & Sport, Jugend, Migration & Gemeinwesenarbeit sowie Familie & Kinder) der Landeshauptstadt Bregenz.

„...Flüchtlingsstrom“



Klingenbach, März 2016

„Migrationsbewegung ...“

System in Gefahr

Die „Flüchtlingskrise“ hat neben dem Krieg auch eine europäische Ursache: Das Gemeinsame Europäische Asylsystem droht an Partikularinteressen zu scheitern. Nicht nur das Dublin-Abkommen muss neu gedacht werden.

Von Gunnar Landsgeßell

M

it dem EU-Gipfel am 7. März versuchte die Europäische Kommission in der „Flüchtlingskrise“ wieder zu geordneten Verhältnissen zu gelangen. Die Außengrenzen sollen stärker geschützt, die Kontrollen an den Binnengrenzen wieder abgebaut werden. Die Dublin-III-Verordnung – sie regelt, welcher Staat für die Bearbeitung eines Asylantrags innerhalb der EU zuständig ist – soll wieder gelten. Die Flüchtlingskrise hat gezeigt, dass sie vor allem auch eine Krise der Europäischen Union ist – weniger jene ihrer Institutionen als ihres gemeinschaftlichen Handelns. Der Konflikt zwischen nationalstaatlichen Interessen und dem Regelwerk des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems sorgt für einige Rechtsunsicherheit. Noch im Dezember 2015

reichten zwei der vier Staaten umfassenden Visegrád-Gruppe, die Slowakei und Ungarn, beim Europäischen Gerichtshof Klage gegen die beschlossene Flüchtlingsquote ein. Hier zeigen sich Verwerfungen, die durch Rechtsklärung allein wohl nicht zu glätten sind. Das machte sich bereits vor der „Krise“ an den Konflikten mit einigen Schengen-Außenstaaten bemerkbar, die Standards nicht einhielten. Mehrere Staaten stoppten Rückführungen nach Griechenland, womit die Dublin-Verordnung (Richtlinie 604/2013, Dublin III) schon früher teils ausgehebelt war. Selbst die EU-Kommission stellte zuletzt fest, „dass das Dublin-System in seiner gegenwärtigen Form nicht zukunftsfähig ist“. Auch Peter Webinger, Leiter der Gruppe III/B für Migration, Asyl und Menschenrechte im Innenministerium, hält das Dublin-System in der Praxis für „kein optimales Instrument, aber derzeit das >>



ULRIKE BRANDL

Dr. Ulrike Brandl ist Assistenz-Professorin für Völkerrecht an der Universität Salzburg. Forschungsschwerpunkte: Asyl-, Fremden- und Migrationsrecht. Mitherausgeberin der Zeitschrift „Fremden- und Asylrechtliche Blätter“.



MARTIN RUHS

Dr. Martin Ruhs ist Associate Professor of Political Economy am Kellogg College, Oxford University. Ruhs forscht über wirtschaftliche und politische Fragen internationaler Arbeitsmigration. Jüngste Publikation: „The Price of Rights. Regulating International Labor Migration“, Princeton 2013.



PETER WEBINGER

Mag. Peter Webinger ist Leiter der Gruppe III/B (Asyl, Migration, Staatsbürgerschaft, Personenstand, Menschenrechte) im Bundesministerium für Inneres.

Beste aller verfügbaren Instrumente ... Würde Dublin zu 100 Prozent funktionieren, wären die EU-Mittelmeerstaaten massiv belastet. Wir brauchen also ein intelligentes System, das auch in der Theorie einen Ausgleich möglich macht.“ Die aktuelle Situation beurteilt Webinger kritisch: „Wir müssen eine Situation schaffen, in der die europäischen Staaten wieder alle gemeinsamen Rechtsakte umsetzen. In Europa setzt derzeit ein race to the bottom ein, wobei einzelne Staaten, wie zum Beispiel Dänemark, versuchen, sich als Zielstaaten möglichst unattraktiv darzustellen. Dies ist der langen humanitären Tradition Europas unwürdig.“ Dabei habe man mit der Betreuungs- und der Verfahrensrichtlinie am Papier eine gute Basis für ein europäisches Asylsystem geschaffen.

Rechtlich dünner Grat

Die Maßnahmen der Kommission laufen bereits an: von FRONTEX-Verstärkung bis zum Türkei-Deal und den vom European Asylum Support Office unterstützten Hotspots in Griechenland. Erleben wir nun den Anfang vom Ende des 1999 proklamierten gemeinsamen Asylsystems oder den Beginn überfälliger Reformen? Die Salzburger Völkerrechtsexpertin Ulrike Brandl sah bis zur „Asylkrise“ durchaus ein intaktes Asylsystem: „Da gab es auch viele Rettungen im Mittelmeer, wir waren noch im Begriff, ein europäisches Asylsystem aufzubauen. Nun sehe ich dieses System aber in Gefahr, weil man sich nun von einem Krisenmanagement leiten lässt. Die Rückkehr zur Abschottung droht.“ In Diskussion sei nur noch, ob Nato- und Marine-Schiffe zum Grenzschutz eingesetzt werden oder ob Staaten außerhalb der EU bestimmte Aufgaben überantwortet werden. Ein Teil der Gespräche mit der Türkei gelte zudem prekären Fragen wie jener, ob Asyl-Antragsteller auch zurückgenommen werden. Rechtlich bewegen sich laut Brandl viele Entscheidungen auf einem dünnen Grat, Gerichte müssten die Rechtmäßigkeit klären. Politisch sei hingegen einiges möglich: „Die Versorgung von Personen in der Türkei bedeutet nicht unbedingt eine Rechtsverletzung. Aber man braucht Sicherheitsgarantien, was die Standards der Versorgung betrifft. Das ist

„Uns fehlt die Zeit, lange zu überlegen, wie die EU und einzelne Mitgliedstaaten mit der Situation umgehen können. Sonst überrollen uns die Ereignisse.“

Udo K. Janz

in diesem Fall fragwürdig.“ Die Aufnahme-richtlinie (Richtlinie 2013/33/EU) beinhaltet zwar verpflichtende Bestimmungen zu den Standards, allerdings sind diese immer auch rechtlich auslegbar. Verpflegung, medizinische Versorgung, Unterkunft – all das ist als Kann-Bestimmung ausgestaltet. Dass die Kommission gegebenenfalls Verfahren gegen säumige Staaten einleitet, hält Brandl für realistisch. Auch für den Fall, dass Leistungen gegenüber anerkannten Flüchtlingen oder subsidiär Schutzberechtigten nicht mehr erbracht werden. Politisches Kalkül von Staaten wie Ungarn lasse sich mit Strafzahlungen aber nicht verhindern.

Temporary-Protection-Richtlinie

In Österreich hat der Ministerrat Anfang des Jahres das „Asyl auf Zeit“ beschlossen. Eine Maßnahme, die Experten als nicht optimal ansehen. Offen ist, warum nicht auf Alternativen zurückgegriffen wird, etwa auf die Massenzustrom-Richtlinie (Richtlinie 2001/55/EG). Brandl dazu: „Es gibt in der EU die Temporary-Protection-Richtlinie für Flüchtlinge, die ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht inklusive Versorgung für ein Jahr mit Verlängerungsmöglichkeit vorsieht.

Sofern keine Rückkehr in dieser Zeit möglich ist, können die Behörden prüfen, ob reguläres Asyl oder subsidiärer Schutz möglich sind.“ Auf nationaler Ebene hätte Österreich zudem die Möglichkeit einer Verordnungsermächtigung, wie sie während des Bosnien-Krieges praktiziert wurde. Ein befristetes Aufenthaltsrecht könnte auch heute vergeben werden. Der Vorteil wäre, so Brandl, dass die Asylsysteme weit weniger unter Druck gebracht würden.

Indes hat Österreich auf die stockende Verteilung innerhalb der EU mit der Errichtung von Zäunen und Tages-Kontingenten an Grenzübergängen im Süden reagiert. Pro Tag werden maximal 80 Asylanträge akzeptiert. Die EU-Kommission sieht darin einen Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention und die Genfer Flüchtlingskonvention.

Peter Webinger verweist auf eine allfällige Klärung bei Gericht. Mittlerweile habe die Regierung zwei Gutachter beauftragt, ihren rechtlichen Standpunkt zur Situation einzubringen. Eine Gesamtschau sei nötig, in der humanitäre, völker- und europarechtliche Aspekte vereinbar sind. Das sei laut Webinger auch in Hinblick auf das Primärrecht der EU, insbesondere Artikel 72 relevant, wo es um den Aspekt der öffentlichen Ordnung und der öffentlichen Sicherheit gehe. Die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens dürfe auf lange Sicht durch unkontrollierte Migration jedenfalls nicht gefährdet sein.

Mit welchen (rechtlichen) Auswirkungen ist nun durch den Flüchtlingszuzug in den Gesellschaften zu rechnen? Wird das zu einer Beschränkung der Freizügigkeit führen? Nicht notwendigerweise, sagt Martin Ruhs. Der Professor für Political Economy in Oxford vertritt die These, dass Zugänge zu Sozialsystemen und Arbeitsmärkten nicht primär über Grenzregime geregelt werden müssen, sondern über die Strukturierung der Arbeitsmärkte erfolgen können. Er erinnert an die EU-Osterweiterung 2004: „Damals gab es für die EU-15 die Möglichkeit, den Zugang zum Arbeitsmarkt für diese neuen Länder für sieben Jahre einzuschränken. Irland, Großbritannien, Schweden haben das nicht gemacht. Großbritannien hat seither eine sehr große Arbeitsmigration aus Osteuropa. Der Grund: Die Nachfrage des

flexiblen Arbeitsmarktes war groß, was wiederum viele flexible (billige) Arbeiter hervorrief.“ In den durch Gewerkschaften reglementierten Arbeitsmarkt Schwedens kamen hingegen wenig „flexible“ Arbeitskräfte. Ruhs hält diese Kosten-Nutzen-Diskussion aber nicht für primär, es gehe bei Flüchtlingen vielmehr um eine humanitäre Angelegenheit.

Humanitäre Katastrophe

Vor einer humanitären Katastrophe warnt Udo Janz, UNHCR-Special-Advisor des Flüchtlingshochkommissars. Er rechnet vor, dass innerhalb der ersten zwei Monate dieses Jahres 132.182 Menschen über den Seeweg nach Europa gelangt sind. Im ersten Halbjahr 2015 waren es 147.209 Menschen. Janz: „Das heißt: Uns fehlt die Zeit, um lange zu überlegen, wie die EU und die einzelnen Mitgliedstaaten mit der Situation umgehen können. Sonst werden wir von den Ereignissen überrollt.“ Die „relocation“ funktioniere in der EU aber bis jetzt nicht. Deshalb gehe es nun darum, „die Beschlüsse, die auf EU-Ebene gefasst wurden, schnellstmöglich umzusetzen. Damit würde die momentane Krise zumindest gelindert.“ Janz räumt ein, dass es jedem Staat freistünde, zu bestimmen, wie vielen Menschen der Zutritt erlaubt wird. Aber: „Die Feststellung, wer schutzbedürftig ist, muss im Land selbst erfolgen. Wenn es Asylsuchenden nicht mehr möglich ist, das Land zu betreten, ist das eine klare Verletzung der Flüchtlingskonvention – nicht durch die EU, sondern durch die Einzelstaaten, die eine gemeinschaftliche Lösung verweigern und so die Lage verschlimmern.“ Ende März war Janz an der Organisation einer Konferenz auf Ministerebene in Genf beteiligt. Dort sollte es gelingen, den Anrainerstaaten in der Krisenregion Syriens eine Lastenteilung anzubieten, sodass sie die Grenzen weiter offen halten können. Das Ziel war, so Janz, dass die internationale Staatengemeinschaft zehn Prozent der besonders hilfsbedürftigen Flüchtlinge aus den Erstasylländern per Umsiedlung in Drittländer bringen sollte. Das wäre eine substanzielle Hilfe für die Flüchtlingsversorgung in der Region. Kanada habe es mit der Aufnahme von 25.000 Menschen bereits vorgemacht, sagt Janz. ■



UDO K. JANZ

Udo K. Janz ist Special Advisor to the High Commissioner for Refugees und ehemaliger Direktor des UNHCR Büros in New York. Er war als leitender Mitarbeiter des UNHCR u.a. in Indonesien, Thailand, Kambodscha und Bosnien Herzegovina engagiert.

Martin Ruhs und Peter Webinger waren Referenten am vierten Globalisierungsforum der Donau-Universität Krems im Oktober 2015 zum Thema „Flüchtlingsströme nach Europa“ im Haus der EU in Wien.

Fotos: Brandl, privat; Ruhs, privat; Webinger, privat

„...Wir schaffen das“



Karawankentunnel, März 2016

„Wir sind überfordert...“

Vom Ankommen und Bleiben

Der nicht abreißende Zustrom an Flüchtlingen nach Europa fordert die Politik heraus. Aber auch die Zivilgesellschaft. Welche Lösungen die Architektur zur Integration von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten zu bieten hat, beschäftigt Universitäten, Forschende und sogar die Architekturbiennale in Venedig.

Von Andrea Nussbaum

M

aking Heimat“ nennt das Team des Deutschen Architekturmuseums (DAM) seinen Länderbeitrag auf der diesjährigen Biennale

di Venezia, und wie der Titel bereits andeutet, geht es um das Bauen für Migrantinnen und Migranten. Alle Welt schau auf Deutschland, weil es die meisten Flüchtlinge aufnehme, jeder will wissen, wie es das schaffe. Deshalb haben Peter Chacola Schmal, Oliver Elser und Anne Schauer-mann vom DAM in Frankfurt einen Aufruf für Best-Practice-Beispiele unter den Architekten gestartet. Auch Österreich hat sich mit der Biennale-Kommissarin Elke Delugan-Meissl dem brisanten Flüchtlingsthema gewidmet und engagierte unter dem Motto „Orte für Menschen“ drei Architekturbüros für die Umsetzung von konkreten Bauaufgaben.

Doch wer hat beim Bauen für Migranten eigentlich den Überblick? Wer hat die „richtigen“ Lösungen? Und was können die Architektur und die Stadtplanung dabei leisten?

Architektur überschätzt sich

Jens S. Dangschat von der Technischen Universität Wien sieht es kritisch. „Architektur kann sich nicht auf das Erstellen von Gebäuden reduzieren, Architektur ist ein sozialer Prozess, keine Frage, aber kann der Städtebau die Gesellschaft tatsächlich gestalten?“ Der Stadtsoziologe geht sogar noch einen Schritt weiter und spricht von einer „Selbstüberschätzung der Möglichkeiten der Architektinnen und Architekten“. Die Baukultur laufe Gefahr, die Problematik zu verkürzen – Gebäude seien nicht Orte und schon gar nicht Heimat, so Dangschat.

Die aktuellen Herausforderungen aufgrund der Aufnahme von Flüchtlingen >>



WOLFGANG FÖRSTER

Mag. Dr. Wolfgang Förster ist seit 2001 Bereichsleiter für Wohnbauforschung der Wiener Stadtverwaltung und Koordinator der Internationalen Bauausstellung (IBA_Wien 2015–2020). Der studierte Architekt lehrt Projektmanagement im Lehrgang Sanierungsmanagement am Department für Umwelt und Bauen der Donau-Universität Krems.



JENS S. DANGSCHAT

Univ.-Prof. Dr. Jens S. Dangschat hält die Professur für Siedlungssoziologie und Demographie an der Technischen Universität Wien, Department für Raumplanung. Er war u. a. Mitglied des Arbeitskreises der Deutschen Akademie für Raumforschung und Landesplanung „Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration“.

sind laut Dangschat viel komplexer: „Wir wissen nicht, wer ist gekommen und wer wird kommen. Wir wissen nicht, was für wen ein ‚Dach über dem Kopf‘ ist. Den Flüchtling schlechthin gibt es nicht. Kommt er allein, oder mit Familie? Inwieweit ist er traumatisiert? Handelt es sich um den ‚hochqualifizierten Syrer‘ oder ist es ein ‚Analphabet‘? Aktuelle Stereotypen – aber: Wir wissen es nicht.“ Im Moment arbeite man mit populistischen Beruhigungs-Sprüchen und Pauschallösungen. Und die Baulösungen dazu sehen „einfache Bausätze und Container vor. Kostengünstig, schnell, ohne großen Aufwand und behelfsmäßig muss es sein, am besten in Selbstbauweise.“ Doch dabei seien auch Fragen der Maßstäblichkeit, des Ortes, des Einpassungsprozesses und der Nachhaltigkeit zu beachten. Das Dilemma liegt in der Sache des Bauens selbst: „Wird es zu schön oder zu attraktiv, beschweren sich diejenigen, die schon länger in der Warteschlange sind.“ Dangschats Überzeugung nach brauchen wir Pilot-Projekte, Ausnahmeregelungen, die sowohl die rechtlichen Rahmen als auch die Standards neu definieren.

Lokale Willkommenskultur

Eine andere nicht unwesentliche Frage ist für ihn die des Standorts. „Österreich ist prinzipiell in einer sehr guten Lage, denn aufgrund der eher kleinteiligen Gemeindestrukturen hängt es von einzelnen Menschen – Bürgermeisterinnen, Regionalplanern, Ärztinnen oder Lehrern – ab, wie offen und pro-aktiv die lokale Willkommenskultur ist. Aber gerade der Widerstand aus der bürgerlichen Mitte wächst – zumindest in den saturierten Stadtteilen der Großstädte. Nach drei Monaten der Willkommenskultur reichen die Abwehrmechanismen vom Anwalt, der über das Baurecht die Bleibe in der Nachbarschaft verhindert, bis hin zum

Tipp:

5. Internationale Architekturbiennale, Venedig, 28. 5. bis 27. 11. 2016
www.labiennale.org/en/architecture/
 IBA-Wien: Neues soziales Wohnen
www.iba-wien.at

Aktionismus, die Grenzen vor der eigenen Haustüre dicht zu machen und auf Flüchtlinge auch zu schießen. Das Wachstum in den Stadterweiterungsgebieten stößt auch ohne Flüchtlinge bereits in einem normativ aufgeladenen Diskurs auf zu viel Gegenwehr.“ Und mittendrin die Baukultur, „die in Venedig der Versuchung unterliegen wird, mit formalen Lösungen des ‚guten Baus‘ und ohne gesellschaftliche Einbettung aufzutreten“.

Was Wien besser macht

Zu den Negativbeispielen der fehlenden gesellschaftlichen Einbettung und fatalen Ghettoisierung zählen heute die Pariser Vororte: Der gewalttätige Aufstand einer unterprivilegierten Einwanderergeneration, der 2005 in Clichy-sous-Bois begann, gehört heute zum Alltag in den Banlieues. Wer kann, meidet sie, von der Politik wurden sie weitgehend aufgegeben. Auch die Ankündigung des französischen Premierministers Manuel Valls nach den Anschlägen in Paris, eine Milliarde Euro für die bessere soziale Durchmischung dieser Einwandererghettos bereitzustellen, verklingen rasch wieder angesichts der Aussichtslosigkeit. Konzepte gegen die bereits fortgeschrittene soziale Segregation lassen sich nicht aus dem Hut zaubern. Was macht Wien besser? Das beste Rezept ist, es gar nicht so weit kommen zu lassen.

Den Beweis dafür, dass das Wiener Wohnbauprogramm international als ein besonderes angesehen wird, sieht der Wiener Wohnbauforscher und IBA_Wien-Koordinator Wolfgang Förster unter anderem in der Tatsache, dass die renommierte „New York Times“ dem amtierenden Bürgermeister de Blasio empfiehlt, vor der Realisierung seines öffentlichen Wohnbauprogramms doch eine Studienreise nach Wien zu unternehmen. „Dennoch steht auch Wien vor gänzlich neuen Herausforderungen, denn die transkontinentalen Völkerwanderungen, derzeit noch primär durch kriegerische Ereignisse, in Zukunft wohl verstärkt durch das Wohlstandsgefälle und den Klimawandel ausgelöst, werden Europa, Österreich und – ja! – auch das gemütliche Wien stärker verändern, als wir es derzeit noch wahrhaben wollen.“ Die zukünftigen Herausforderungen sieht Förster in der Zunahme und Alterung der

Bevölkerung, Chancen dagegen in der funktionalen, vor allem aber in der sozialen Durchmischung, in einem steigenden Postmaterialismus und in der sinnvollerem – also intensiverem – Nutzung vorhandener Baulplätze. Wenig sinnvoll sei es, für Flüchtlinge gesonderte Wohnbauten zu schaffen. Förster: „Weder haben Zuwanderer total von den Österreichern abweichende – oder innerhalb ihrer Gruppe einheitliche – Wohnbedürfnisse, noch dient eine Ghettoisierung dem sozialen Frieden in Österreich. Die Frage lautet also: Wie schaffen wir es, auch den materiell Benachteiligten in unserer Gesellschaft – und die werden durch die Wirtschaftsentwicklung immer zahlreicher – eine menschenwürdige Behausung samt notwendiger Infrastruktur zu bieten? An sozialer Durchmischung wird da kein Weg vorbeiführen. Ich sehe Wien mit seiner sozialen Wohnbautradition dafür gut gerüstet.“

Lösungen dazu, so Förster, wird es nur geben, „wenn man die Bevölkerung ‚mitnimmt‘, eine Win-win-Situation erzeugt. Es muss klar sein, dass dazu Architektur allein (das englische ‚bricks and mortar‘) nicht ausreicht. Die bauliche Hardware bedarf der parallelen Software. Etwa in Form moderierter, partizipativer Prozesse. Daher müssen kooperative Verfahren weiter ausgebaut werden.“

Soziale Durchmischung

Bisher schon wurde in den Wiener Stadterweiterungsgebieten darauf geachtet, eine soziale Durchmischung durch die Mieter- und Eigentümerstruktur zu steuern: sozial geförderte Mietwohnungen neben geförderten und frei finanzierten Eigentumswohnungen. Die Paradebeispiele der neuen City-Entwicklungen, Sonnwendviertel in Wien-Favoriten und die Seestadt Aspern, wird Wolfgang Förster in einer mehrjährigen „Internationalen Bauausstellung“ #(IBA_Wien: neues soziales Wohnen) vorstellen und an anderen Stellen der Stadt in einem breiten Beteiligungsprozess weiterentwickeln. Ziel ist es, „endlich auch eine breite Architekturdiskussion zu ermöglichen und zum Beispiel die in Wien praktizierten kleinteiligen Lösungen zu hinterfragen“.

Tania Berger von der Donau-Universität Krems beschäftigt sich nicht erst seit der akuten Flüchtlingsdebatte mit dem Thema

von Wohnen und Integration. Sie arbeitete und forschte in Entwicklungs- und Schwellenländern. Natürlich seien dort die Probleme enorm, aber niemand sollte sich vom Optischen der Slums abschrecken lassen. Gerade bei diesen informellen Siedlungen, die für Millionen von Menschen Wohnraum sind, lässt sich erkennen, wie diese langsam von Ankunftsquartieren zu Mittelstandsquartieren werden können. Es ginge um leistbare Quartiere für den Neustart. Dort wie auch hier bei uns. Und da diese Unterkünfte billig sein müssen, müsse man auch Abstriche in den Standards in Kauf nehmen, denn höhere Standards bedeuten meist auch mehr Kosten. „Informelle Siedlungen sind praktisch gebaut, so wie es die Leute brauchen. Straight forward.“ Wir, so Tania Bergers Forderungen, „müssen die Scheu vor der Informalität verlieren“.

Konflikte vorprogrammiert

Aber Wohnbauprogramme für Migrantinnen und Migranten und all jene, die noch kommen werden, seien allemal zu wenig, denn treffen einkommensschwache österreichische Familien auf Zuwanderer, dann ist der Konflikt vorprogrammiert: Ein Haus allein tut es nicht, hier brauche es Begleitprogramme für Konfliktmanagement. Für die Wiener Gemeindebauten gibt es seit 2010 die Wohnpartner, die aktiv vor allem eines tun: die Kommunikation fördern. Wer seinen Nachbarn, seine Nachbarin kennt, der wird Konflikte leichter ansprechen und lösen können. Noch besser, so ist Berger überzeugt, ist es jedoch, proaktiv durch Initiativen wie Einzugsbegleitung den Streitigkeiten vorzubeugen. Ein Lehrgang zu Konfliktmanagement für Hausverwaltungen an der Donau-Universität Krems ist daher angedacht, so Berger.

Von der kurzfristigen Flüchtlingsunterbringung bis hin zur langfristigen Wohnraumbeschaffung, Integration wird zum Schlüssel für den sozialen Frieden in unseren Städten werden. Eines steht dabei fest: Wie die funktionierende „Arrival City“, um den Buchtitel des britischen Journalisten Doug Saunders aufzugreifen, aussieht, welche Voraussetzungen zu schaffen sind und was die Wohnquartiere dabei leisten müssen, diese Thematiken werden Architektur und Stadtplanung noch lange beschäftigen. ■



TANIA BERGER

DI Dr. Tania Berger ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Department für Migration und Globalisierung der Donau-Universität Krems. Sie leitet wissenschaftliche Forschungsprojekte auf nationaler und EU-Ebene, u. a. zu Themen des energieeffizienten Bauens. Derzeit koordiniert sie das EU-Erasmus-Projekt „Building Inclusive Urban Communities“.

Effizientere Diagnose

Rund 18.000 Menschen in Österreich erkranken jedes Jahr an Sepsis. Rund 7.500 Erkrankte versterben daran. Die Donau-Universität Krems forscht an verbesserten Diagnostikverfahren für diese schwere Erkrankung.

Von Sabine Fisch

Sepsis ist eine der häufigsten Todesursachen auf Intensivstationen. Ursache für diese schwere, potenziell lebensbedrohende Erkrankung ist eine außer Kontrolle geratene Reaktion der körpereigenen Immunabwehr auf eine Infektion mit Bakterien, Pilzen oder Viren.

Im Fall einer lokalen Infektion, wenn sich zum Beispiel eine Wunde entzündet, machen Zellen des angeborenen Immunsystems die Keime unschädlich und die Entzündung klingt ab“, erklärt Univ.-Prof. Dr. Viktoria Weber, Leiterin des Zentrums für Biomedizinische Technologie an der Donau-Universität Krems.

Unkontrollierte Ausbreitung

„Bei einer Sepsis dagegen bleibt die Entzündung nicht lokal begrenzt, sondern breitet sich auf den gesamten Kreislauf aus.“ Die Entzündungsreaktion gerät außer Kontrolle, und die aktivierten Immunzellen schütten eine Vielzahl von Mediatoren und Botenstoffen aus. Die Folge ist eine Aktivierung der Blutgerinnung sowie eine Schädigung von Blutgefäßen und Organen. Dies kann bis hin zum Versagen von Organen und dem Tod der Betroffenen führen.

„Beim raschen Nachweis der Pathogene, die als Auslöser für eine Sepsis in Frage kommen, setzt ein neues Forschungsprojekt an, an dem die Donau-Universität Krems beteiligt ist. „Wir wollen in diesem großen Konsortium ein System entwickeln, das einen raschen Erregernachweis direkt am Krankenbett ermöglicht“, schildert Weber.

Rascher Nachweis

„Next Generation Sepsis Diagnosis“ ist ein EU-gefördertes Projekt im Horizon-2020-Programm mit insgesamt zehn Partnern. Koordiniert und geleitet wird das Projekt von der Dänischen Technischen Universität in Kopenhagen. Neben der Donau-Universität Krems sind Unternehmen und Universitäten aus Dänemark, Schweden, Tschechien und Deutschland an dem Projekt beteiligt.

„Ziel ist es, ein rasches Nachweisverfahren der für die Infektionen verantwortlichen Bakterien und Pilze zu entwickeln, das direkt auf einer Intensivstation zum Einsatz kommen kann, ein sogenanntes point-of-care-Verfahren“, erklärt die Biotechnologin. Derzeit erfolgt der Erregernachweis über Blutkulturen im Labor und kann mehrere Tage dauern. „Selbstverständlich werden an Sepsis erkrankte Patientinnen und Patienten auch während dieser Zeit schon antibio-

Das Projekt

Next Generation Sepsis Diagnosis

Horizon 2020 EU-Projekt
www.smartdiagnos.eu

Die Partner

DTU Nanotech & National Food Institute,
Technical University of Denmark
Copenhagen Business School
TATAA Biocenter
Scandinavian Micro Biodevices
Cube Dx GmbH
UnilabsHögskolan i Skövde
Charles University, Prag
Donau-Universität Krems
Deutsches Institut für Normung e.V.

Laufzeit

1. Februar 2016 bis 31. Jänner 2020

tisch behandelt“, so Weber. „Die Therapie wird nach Vorliegen des Erregerprofils dann gegebenenfalls entsprechend angepasst.“ Mit einem rascheren Erregernachweis wäre allerdings eine wesentlich gezieltere Therapie möglich. Ziel des Projektes ist es, die Zeit bis zum Vorliegen eines Ergebnisses auf ein bis drei Stunden zu verkürzen.

Aber nicht nur die rasche Detektion von Pathogenen spielt eine Rolle bei der Sepsis. Wesentlich für den Verlauf der Erkrankung sind Entzündungsmediatoren, die von Immunzellen des Blutes nach Aktivierung durch Strukturen auf der Oberfläche von Bakterien oder Pilzen freigesetzt werden. Diese Entzündungsmediatoren haben vielfältige Funktionen – sie locken zum Beispiel weitere Immunzellen an. Dies ist physiologisch sinnvoll, um die Infektion lokal zu bekämpfen, kann aber die Schädigung des umliegenden Gewebes zur Folge haben. Davon betroffen ist sehr oft die Oberfläche der Blutgefäße, das Endothel. Eine Schädigung des Endothels durch massive Freisetzung von Entzündungsmediatoren führt unter anderem dazu, dass das

Endothel seine Rolle als Barriere zwischen Blut und Gewebe nicht mehr erfüllen kann.

Die Entwicklung von Verfahren zum raschen Nachweis von Entzündungsmediatoren im Blut septischer Patientinnen und Patienten ist Ziel einer Kooperation des Christian-Doppler-Labors für Innovative Therapieansätze in der Sepsis an der Donau-Universität Krems mit der Firma Cube Dx. Auch hier geht es darum, ein Verfahren zu entwickeln, das einfach in der Handhabung ist und daher direkt auf Intensivstationen zum Einsatz kommen kann.

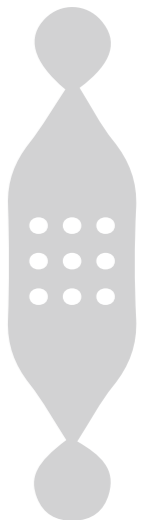
Effiziente Diagnostik

Eine große Herausforderung bei der Suche nach Behandlungsansätzen für die Sepsis ist die große Heterogenität septischer Patientinnen und Patienten.

„Den Sepsispatienten gibt es nicht“, so Weber. Eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst die Reaktion des Körpers auf eine Infektion – Grunderkrankungen, der Status des Immunsystems, der Ernährungszustand, das Alter, die Menge und Virulenz der jeweiligen Erreger, aber auch genetische Faktoren.

Auf Grund dieser Heterogenität ist eine effiziente Diagnostik die Grundlage für jede unterstützende Therapie in der Sepsis, um die Patientinnen und Patienten auswählen zu können, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zu einem bestimmten Zeitpunkt von einer bestimmten Therapie profitieren können. Erst dadurch wird es möglich, den Nachweis für die Wirksamkeit eines bestimmten Therapieansatzes im Rahmen klinischer Studien zu erbringen.

Vier Jahre wird das Projekt „Next Generation Sepsis Diagnosis“ laufen. Letztlich soll es dazu beitragen, eine raschere und gezieltere Therapie dieser schweren Erkrankung zu ermöglichen. ■



VIKTORIA WEBER

Univ.-Prof. Dr. Viktoria Weber studierte Lebensmittel- und Biotechnologie an der Universität für Bodenkultur in Wien und habilitierte sich 2008 im Fach Biochemie. Weber ist stellvertretende Leiterin des Zentrums für Biomedizinische Technologie an der Donau-Universität Krems und Vizerektorin für Forschung.



Priv.-Doz. Dr. **Hubert Brückl**, geboren 1961 in Geisenfeld, Deutschland, mitten im größten Hopfenanbaugebiet Europas, 1992 Doktorat in Physik an der Universität Regensburg, Forschungsaufenthalte an der Technischen Universität Darmstadt und am Leibniz-Institut für Festkörper- und Werkstoffforschung Dresden IWF, 2004 Habilitation und Assistenzprofessur an der Universität Bielefeld, daneben Forschungstätigkeit bei Siemens, 2005–2012 Leiter des Bereichs Nano Systems am Austrian Institute of Technology-AIT in Wien, ab 2013 Fachbereichsleiter am Zentrum für Integrierte Sensorsysteme der Donau-Universität Krems.

Der personifizierte Sensor

Hubert Brückl erforscht und entwickelt wenige Atome dünne Schichten für Sensoren. Sein Arbeitsgebiet verändert sich rasant und wächst exponentiell. Deshalb hält er seine Augen und Ohren immer für neue Entwicklungen offen.

Von Astrid Kuffner

H

ubert Brückl, Leiter des Zentrums für integrierte Sensorsysteme (ZISS), arbeitete bereits in der Nanotechnologie, als sie noch nicht so hieß. Sehr klein und sehr dünn sind die Maßstäbe seines Arbeitsgebiets, der Sensorik. Ihr Einsatzgebiet hingegen wächst exponentiell. Um selbst auf dem Laufenden zu bleiben bei Methodik, Material und Einsatzbereich, muss Hubert Brückl seine Augen und Ohren immer offen halten. Er ist gleichsam ein personifizierter Sensor für Veränderungen und Anforderungen. „Das A und O ist Kommunikation und Kooperation. Nur dann wissen Sie, was Firmen brauchen und wer an welchen Entwicklungen forscht“, erklärt er. Hubert Brückl entwickelt seit mehr als einem Vierteljahrhundert Sensorensysteme mit Anwendungen in Automobilen, der Biomedizin oder im Gebäudemanagement. In fünf Jahren könnte er aber vermutlich drei völlig andere Anwendungsbereiche aufzählen.

Zu Demonstrationszwecken holt Brückl ein paar Mikrochips aus seiner Aktentasche. Es sind silbrig glänzende Plättchen, einen mal zwei Millimeter groß. Darauf sind an verschiedenen Stellen, für das bloße Auge unsichtbar, dünne Schichten für unterschiedliche Funktionen aufgebracht. In einem Jahr könnten die Chips bereits in einer namhaften Automarke verbaut sein. Dünne Schichten dringen in den Nanometerbereich und darunter vor. Auf dieser Ebene zeigen sich gänzlich neue Effekte, für deren Entdeckung in den vergangenen Jahren Nobelpreise vergeben wurden. Für die Biomedizin entwickeln er und sein Team gerade ein tragbares Gerät, das diagnostisch relevante Moleküle in einem Tropfen Blut nachweisen kann. So können zum Beispiel Tumormarker sehr empfindlich und schnell nachgewiesen werden. Letztlich soll mit dem „Lab-on-a-Chip“ die Wartezeit auf Laborergebnisse in Praxen und Kliniken verkürzt werden.

Der Weg von der Forschung zum Produkt ist für den gebürtigen Bayern meist relativ kurz. Bereits seit seiner Diplomarbeit, als er sich erstmals in das Thema „reingefuchst“ hat, ist er nicht mehr davon abgewichen. „Ich mache meine Forschung und als Nebenprodukt passiert schnell eine Umsetzung. Das ist erfreulich und motiviert auch den Nachwuchs. Wir haben am ZISS keinen Mangel an interessierten Studierenden“, freut er sich. Nach Physik-Doktorat, Forschungsstationen und der Habilitation an der Universität Bielefeld, wo er Assistenzprofessor wurde, wechselte Brückl 2005 als Leiter des Geschäftsfelds Nano Systems ans Austrian Institute of Technology – AIT nach Wien. Nach Österreich kam er mit seiner Familie aufgrund der guten Bedingungen am AIT und „weil in Bielefeld so schlechtes Wetter ist“. Er lacht, als er davon spricht, und referiert auf die einschlägig bekannte Internet-Verschwörungstheorie, wonach es Bielefeld gar nicht geben soll. Nach sieben Jahren wechselte er gerne ans ZISS in Wiener Neustadt, um wieder mehr zu forschen und weniger Forschung zu verwalten.

Das Zentrum für integrierte Sensorensysteme am Technologieforschungszentrum Wiener Neustadt übernahm die Donau-Universität 2013 von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Es arbeitet mit einer Basisfinanzierung von etwa 30 Prozent und 70 Prozent Drittmitteln. Neben mehreren großen Projekten mit Industriekunden bearbeitet der Zentrumsleiter mit seinem Team auch kleinere Projekte, etwa in Form von Innovationsschecks für KMUs in Niederösterreich.

mit etwa 800 Teilnehmern aus aller Welt zusammen.

Mit dem iPhone fing 2007 der sogenannte „Trillion Sensor Hype“ (eine Billion Sensoren) an. Niemand hat geahnt, dass das Smartphone – aktuell mit 10 bis 15 Sensoren – zur universellen Fernbedienung unseres Alltags werden könnte. Hubert Brückl wird die Arbeit so schnell nicht ausgeben, denn Sensoren sind das Um und Auf im prognostizierten „Internet of Things“, wo alles mit allem kommuniziert. „Es gibt Berechnungen, dass weltweit 100 Fabriken fehlen, um diese Idee umzusetzen. Und Fachkräfte dafür. Europa darf in der Entwicklung den Fuß nicht vom Gas nehmen, sonst wird es von China überrollt“, betont er. Natürlich ist er dafür, neue Technologien gut zu begleiten: kulturell, sozial, in Hinblick auf Gefahren. Bei der rasanten Entwicklung ist das aber nicht leicht. Um auch einmal abzuschalten, achtet der Vater zweier erwachsener Söhne auf regelmäßiges Lauftraining, im Winter ergänzt durch Skitouren, im Sommer von Klettertouren. ■

Das Zentrum für integrierte Sensorensysteme am Technologieforschungszentrum Wiener Neustadt übernahm die Donau-Universität 2013 von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Es arbeitet mit einer Basisfinanzierung von etwa 30 Prozent und 70 Prozent Drittmitteln. Neben mehreren großen Projekten mit Industriekunden bearbeitet der Zentrumsleiter mit seinem Team auch kleinere Projekte, etwa in Form von Innovationsschecks für KMUs in Niederösterreich.

Gespür für Entwicklungspotentiale

Die Sensorik entwickelt sich im Spannungsfeld zwischen Technologieentwicklung und Marktanforderungen meist – vergleichbar Darwins Evolutionslehre – in kleinen Schritten. Ideen zur Weiterentwicklung hat Brückl beim Kaffee, im kollegialen Gespräch oder auf Konferenzen. Durch langjährige Erfahrung hat er einen Sinn dafür entwickelt, welche Ideen verfolgenswert sind. Gelegenheit dafür wird es auch im September in Wien wieder geben, denn als Conference Chair stellt er gerade das fachliche Programm für die 42. internationale Konferenz „Micro and Nano Engineering“

Foto: Donau-Universität Krems, Andrea Reischer

Zentrum für Integrierte Sensorsysteme

Konzepte und Methoden für integrierte, intelligente Sensoren

Ziel des Zentrums für Integrierte Sensorensysteme ist es, Konzepte und Methoden für intelligente Sensoren unter Berücksichtigung ihrer Anwendung und Vernetzung zu untersuchen und zu entwickeln.

Unter Integration versteht das Zentrum dabei eine gesamtheitliche Betrachtung der Kombination von Funktions-, System- und Schaltungsintegrationsaspekten.

Seine Forschung konzentriert sich auf jene Designaspekte, die es ermöglichen, im Blick auf Systemintegration optimierte Sensorkomponenten zu entwerfen. Diese sind die Basis für innovative Lösungen in so unterschiedlichen Bereichen wie Medizintechnik, industrieller Automation (Industrie 4.0), Automobilindustrie, Überwachung von Umweltdaten, Wearables sowie in Multimedia- und Haushaltsprodukten.

Aktuelle Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Spintronik und

Metamaterialien, thermische Sensoren und Aktuatoren, Magnetfeldsensorik, Mikro-Hybridssysteme, physikalische Biosensoren, Datenmanagement und Koordination in Sensornetzwerken, Lokalisierung und Uhrensynchronisation, Sicherheit in Sensornetzwerken, analytische und numerische Modellierung und in der Simulation und Optimierung von Sensorensystemen.

Motiviere dich selbst

Polen – Schweiz – Österreich: **Monika Owsianko** ist nicht nur weit gereist, sondern hat für ihre Ziele auch immer viel Mut und Einsatz gezeigt. Heute ist sie Geschäftsführerin ihres eigenen Unternehmens und Vertreterin einer der größten Firmen der Welt.

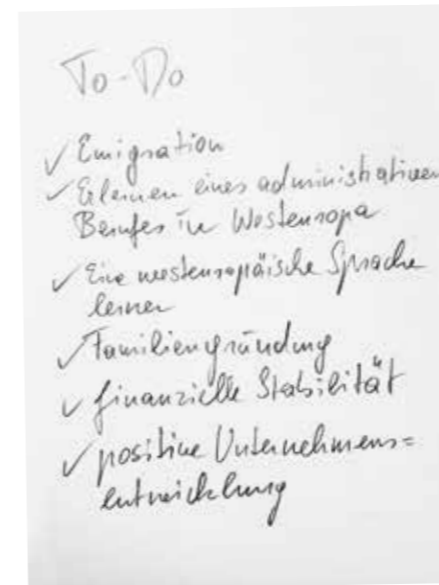
Von Christina Badelt

Monika Owsianko ist eine Frau der Taten und nicht nur das: Große Herausforderungen waren für sie schon immer ein Ansporn und kein Hindernis, erzählt sie: „Wenn mir jemand sagt, etwas könnte schwierig werden, will ich es erst recht probieren und umsetzen.“ Mit dieser Einstellung, gepaart mit Mut zum Risiko und viel Einsatz, konnte die heute 54-Jährige schon so einige erfolgreiche Pläne in ihrem Leben realisieren. Ihre erste große Lebensveränderung trat mit 21 Jahren ein, als sie, frisch verheiratet, mit ihrem Mann aus Polen auswandern wollte, um zu studieren und zu arbeiten. „Unser Ziel war eigentlich Spanien. Dann gab es während des Fluges einen technischen Defekt an Bord, wir machten einen Stopp in Genf und haben spontan beschlossen, eine Zeit lang dort zu bleiben.“

Langer Weg zur Einbürgerung

Zwei Jahre verbrachte sie mit ihrem Mann in der Schweiz, nostrifizierte das Germanistikstudium, das sie in Polen abgeschlossen hatte, an der Universität Genf und lernte im Rahmen ihrer Anstellung bei der größten

Schweizer Versicherungsgesellschaft Union Suisse d'Assurances Französisch. Eines Tages entschieden sie, weiterzuziehen. „Die Familie meiner Mutter lebte in Wien, das war für uns eine gute Starthilfe. Trotzdem war der Weg hart, denn die Genehmigung für die österreichische Staatsbürgerschaft war schwer zu bekommen. Und wir mussten alle Jobs annehmen, die uns angeboten wurden, vom Flugblätterverteilen bis hin zu diversen Assistenzjobs. Insgesamt hatte ich 17 verschiedene Arbeitsplätze in ganz Österreich, inzwischen jedoch das Germanistikstudium an der Uni Wien nostrifiziert.“ Schon damals war für Monika Owsianko und ihren Mann, der ein Pädagogikstudium an der Universität Wien abschloss, klar, dass sie sich erst mit einer österreichischen Staatsbürgerschaft und einer finanziellen Absicherung ihren Wunsch nach Familie und Eigenheim erfüllen würden. „Es gibt Widerstände im Leben, denen man begegnen muss, aber meistens gibt es einen Weg heraus. Einmal öfter aufstehen als man hinfällt, ist für mich ein Motto, das in schwierigen Zeiten zählt.“ Einige Jahre später, genau an ihrem 30. Geburtstag, war es dann so weit – sie bekam die Staatsbürgerschaft anerkannt.



Berufliche Neuorientierung

Kurze Zeit danach beschloss die ambitionierte Neo-Österreicherin, sich beruflich in Richtung Wirtschaft zu orientieren. „Ich hatte den Eindruck, dass mich das weiterbringen würde, und habe eine Firma gesucht, die mit meinem Heimatland Polen in Verbindung steht, um meine Sprachkenntnisse einsetzen zu können.“ Doch es kam anders: „Ich bin in ein Wiener Handelsunternehmen eingestiegen, in dem ich keinen einzigen Tag Kontakt mit polnischen Kollegen hatte.“ Dafür begann die ehrgeizige Powerfrau als Assistentin zu arbeiten und startete in den folgenden Jahren eine steile Karriere in dem Unternehmen: Im Jahr 1996, nur zwei Jahre später, war sie bereits Abteilungsleiterin und Vertreterin des Konzerns ExxonMobil Chemical für die Länder des ehemaligen Jugoslawiens. Anfang der neunziger Jahre wurden dann auch ihre Zwillingstöchter geboren. Sie unterstützen ihre Mutter neben ihrem Studium bereits tatkräftig in Owsiankos eigenem Handelsunternehmen Owsianko CEE Trade GmbH.

Chancen ergreifen

Das Studium „Professional MBA“ mit der Vertiefung Entrepreneurship absolvierte sie von 2004 bis 2006 an der Donau-Universität Krems dank der Unterstützung der Firma ExxonMobil Chemical und des Stipendiums der Donau-Universität Krems. „Neben dem Mut zur Übernahme einer



MONIKA OWSIANKO

Mag. Monika Owsianko, MBA, wurde 1961 in Warschau geboren, ist fünfsprachig, studierte Germanistik und schloss im Jahr 1992 eine Ausbildung für Export an der WU Wien sowie 2006 das MBA-Studium an der Donau-Universität Krems ab. 2014 gründete sie die Fa. Owsianko CEE Trade GmbH mit Sitz in Wien und ist als Geschäftsführerin im Bereich Service Provider für ExxonMobil Chemical für die Länder des ehemaligen Jugoslawiens (mit Ausnahme von Mazedonien) tätig.

höheren Verantwortung wollte ich mir zusätzliches Fachwissen wie IT-Kenntnisse und die Praxis im Controlling aneignen.“ Mutig, zielorientiert und mit großem Durchhaltevermögen, so wird Monika Owsianko von ihren Töchtern beschrieben. „Ich erkenne Chancen schnell, auch wenn man öfter einen langen Atem braucht. Und ich habe bei all meinen beruflichen, aber auch privaten Vorhaben eine hohe Erwartungshaltung an mich selbst und an meine Mitarbeiter. Aber als Managerin, das hat mich die Erfahrung gelehrt, muss man sich selbst motivieren können, das tut niemand anderer für einen, wenn man Chefin ist.“

Positive Dynamik

Als Geschäftsführerin ihres eigenen Unternehmens, der Owsianko CEE Trade, vertritt sie heute als Agentin den Technologiemarktführer ExxonMobil Chemical: „Gemeinsam mit einem erfahrenen Team und einem Vertriebsbüro in Zagreb und in Belgrad haben wir uns auf den Vertrieb von chemischen Rohstoffen spezialisiert und sind damit sehr erfolgreich.“ Wichtig ist Monika Owsianko aber auch die Pflege ihres Privatlebens, erzählt sie: „Samstag ist mein freier Tag, den nutze ich, um mit meinem Mann und oft auch mit meinen Töchtern hinaus ins Grüne zu fahren, Freunde zu treffen, ins Fitness-Studio zu gehen, zu zeichnen oder zu lesen.“ Ihre Firma hat sie dennoch immer im Blick, genauso wie die nächsten Ziele: „Geplant ist eine Firmen-Expansion in den Kosovo und nach Albanien. Und für die Zukunft habe ich nur einen Wunsch – dass sich sämtliche Entwicklungen in meinem privaten und geschäftlichen Leben künftig mit der gleichen positiven Dynamik entwickeln wie bisher.“ ■

Alumni-Club

Blue Hour

Wie grün wir uns morgen bewegen



Diskutierten bei der Blue Hour im Leopold Museum: Peter Wiederkehr, Umweltministerium, Günther Brauner, Technische Universität Wien, Bente Knoll, B-NK GmbH, Rita Starkl, Alumni-Club, Andrea Hörtl, Donau-Universität Krems, Andrea Lebký, „Die Presse“, Ewald Redl, ELLA AG.



Elektromotoren, selbstfahrende Autos und Smart Cities – Einblick in die Mobilität der Zukunft bot die Blue Hour am 24. Februar. Im Mittelpunkt: das E-Auto. Seine Vorzüge, so Technikprofessor Günther Brauner, werde es vor allem in Vororten ausspielen und dort auch autonom fahren, etwa als Zubringer zum Bahnhof. Hürden am Weg zum E-Auto seien laut Ewald Redl, Provider für Ladeinfrastruktur, die Vereinheitlichungen von Steckern und Ladesäulen sowie bessere Bezahlmöglichkeiten. Peter Wiederkehr, Umweltministerium, sieht im Zentrum die Frage, welche Mobilität die Menschen eigentlich wollten. Nachhaltig müsse diese jedenfalls sein. Bente Knoll, Verkehrsforscherin: Am Weg zu grüner Mobilität seien die vielfältigen Nutzungsansprüche mitzudenken; Mütter mit Kindern bewegten sich anders als Geschäftsleute oder Menschen in der Freizeit. Fazit: Die Mobilität der Zukunft haben wir selbst in der Hand.

Regenerieren statt Reparieren – die nächste Blue Hour des Alumni Clubs am 20. April steht ganz im Zeichen unseres Bewegungsapparats und beleuchtet die Möglichkeiten der modernen orthopädischen Regenerationsmedizin.

www.donau-uni.ac.at/alumni

Alumni-Club-Termine

- 3.5. Alumni-Visit Zwentendorf
- 6.5. Stammtisch Mailand (I)
- 3.6. Stammtisch Leipzig (D)
- 7.6. Stammtisch Berlin (D)
- 8.6. Stammtisch Salzburg
- 10.6. Stammtisch Kärnten
- 11.6. Campusball**
- 15.6. Stammtisch Wien
- 16.6. Stammtisch Linz
- 16.6. Stammtisch Krems
- 16.6. Stammtisch Köln (D)
- 24.6. Stammtisch Burgenland
- 29.6. Stammtisch Frankfurt (D)
- 30.6. Stammtisch München (D)



Fotos: Walter Skokamitsch (S. 48); Donau-Universität Krems, Andrea Reischer (S. 49)

Campus Krems

Begabtenförderung

Die Region gestalten

Die Rolle lebensbegleitender Weiterbildung in der Förderung begabter Kinder, Jugendlicher und Erwachsener in ländlichen Regionen stand im Mittelpunkt des an der Donau-Universität Krems abgehaltenen dritten Konferenztages der 15. ECHA-Konferenz „Talents in Motion“ Anfang März. Die Vizerektorin für Lehre/Wissenschaftliche Weiterbildung der Donau-Universität Krems, Univ.-Prof. Dr. Monika Kil, wissenschaftliche Beirätin im ECHA-Steering-Committee, plädierte in ihrem Resümee für eine Integration der Begabtenförderung in das Konzept lebensbegleitenden Lernens, Lerninfrastrukturen müssten dafür in der Region aufgebaut werden. Das European Council for High Ability, kurz ECHA, koordiniert europaweit Fragen der Begabtenförderung. www.donau-uni.ac.at



Austausch zwischen jungen Talenten und Begabtenförderern bei der ECHA-Konferenz an der Donau-Universität Krems

Symposion

Vertrauen in unsicheren Zeiten

Das Symposion Dürnstein 2016 diskutierte Mitte März, dass gegenwärtig das Vertrauen in Demokratie, Medien und Finanzsystem in der Krise ist. Die Migration sei derzeit Europas zentrale Herausforderung, so das Fazit. Seitens der Donau-Universität Krems vertreten waren die Migrationsforscherin Gudrun Biffel und der Finanzexperte Gottfried Haber.

Ausgezeichnet

Ehrenkreuz für Anton Leitner



Prof. Dr. Anton Leitner wurde am 26. Februar mit dem Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse der Republik Österreich ausgezeichnet. Der Rektor der Donau-Universität Krems, Mag. Friedrich Faulhammer, übergab dem früheren Senatsvorsitzenden das Ehrenzeichen im Rahmen einer Feier anlässlich seiner Pensionierung. Leitner trug maßgeblich zur Etablierung des Lehr- und Forschungsschwerpunkts Biopsychosoziale Medizin und Psychotherapie bei.

Was kommt

Campus-Ball Krems

Am 11. Juni verwandelt sich der Campus Krems wieder für eine Nacht in Österreichs schönsten In- und Outdoor-Ballsaal. Karten jetzt reservieren unter www.campusball.at

Trends & Termine

Wissenschaftsrat

Antonio Loprieno neuer Vorsitzender



Der ehemalige Rektor der Universität Basel, Antonio Loprieno (60), ist zum neuen Vorsitzenden des Österreichischen Wissenschaftsrats gewählt worden. Der Ägyptologe löst Jürgen Mittelstraß ab, der das Gremium seit 2005 geleitet hat. Der Österreichische Wissenschaftsrat berät den für Wissenschaft und Forschung zuständigen Bundesminister bzw. die Bundesministerin in allen Fragen, die das österreichische Universitäts- und Wissenschaftssystem betreffen. Loprieno war 2015 Festredner beim Festakt anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Donau-Universität Krems.

www.wissenschaftsrat.ac.at

Forschungsprojekt

Inklusion von Migrantinnen

Mit der Inklusion von Migrantinnen für mehr Anerkennung, Gleichberechtigung und Effizienz (IMAGE) beschäftigt sich ein Forschungsprojekt unter Leitung von Prof. Dr. Swetlana Franken (FH Bielefeld). Ziel des Projekts ist es, eine breitere Inklusion von qualifizierten Migrantinnen in die Wirtschaft, die Wissenschaft und die Gesellschaft zu fördern. Dabei sollen verschiedene Frauen- und Migrantinnenprojekte vernetzt und im Dialog mit Unternehmen die Vorteile der kulturellen Diversität und die Möglichkeiten, die Potenziale von Migrantinnen zu erschließen, diskutiert werden.

www.migrantinnen-in-fuehrung.de

IKSD-Konferenz

Gemeinsam für den Schutz der Donau

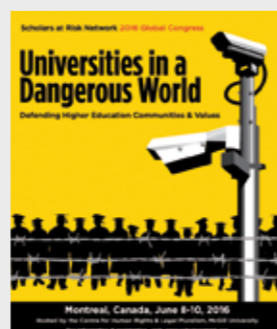
Die Donau-Anrainerstaaten haben sich im Februar in Wien auf gemeinsame Anstrengungen zum Schutz der Donau verständigt. Bei einer Konferenz der Internationalen Kommission zum Schutz der Donau (IKSD) einigten sich Vertreter von 14 Staaten auf Pläne zur Bewirtschaftung und zur Hochwasservorsorge für den gesamten Donauraum. Ziel des Maßnahmenprogramms ist es, die Nährstoff- und Schadstoffbelastung der Donau sowie strukturelle Defizite, wie z. B. Hindernisse für wandernde Fischarten, zu verringern, um die Gewässer im Donaeinzugsgebiet in einen guten Zustand zu versetzen.

www.icpdr.org

Network

Scholars at Risk

More than 200 university, government and nonprofit leaders, faculty, staff and students from around the world will convene from June 8–10 in Montreal to discuss the most important issues facing human rights and higher education today. Under the theme “Universities in a Dangerous World” the Scholar at Risk Network 2016 Global Congress will focus on protecting universities and scholars in contexts of conflict and authoritarian regimes and strengthening the capacity of the university sector to contribute to a more peaceful, just and sustainable world. Scholars at Risk (SAR) is an international network of higher education institutions dedicated to protecting threatened scholars, preventing attacks on higher education communities and promoting academic freedom worldwide.



www.scholarsatrisk.nyu.edu

9th International Conference

Migration and Development

The French Development Agency (AFD) Research Department, the World Bank Development Research Group (DECRG) and the Migration Policy Centre of the European University Institute (MPC-EUI) are jointly organising the “9th International Conference on Migration and Development”. It takes place at the European University Institute, Florence, 13–15 Juni, 2016. The conference is devoted to investigating ways in which international migration affects economic and social change in developing countries. Possible topics include the effects of migration on poverty, inequality, and human capital formation.

www.migrationpolicycentre.eu

Globale Entwicklung

Car Sharing im Aufwind

Autoteilen ist ein globaler Trend: Bis 2021 werden weltweit 35 Millionen Nutzer rund 1,5 Milliarden Fahrminuten pro Monat buchen. Dadurch werden 2021 weltweit Umsätze in Höhe von 4,7 Milliarden Euro generiert. Dies zeigt die Studie „What’s Ahead for Car Sharing? The New Mobility and its Impact on Vehicle Sales“ von The Boston Consulting Group (BCG). „Die global anhaltende Urbanisierung der Gesellschaft sorgt dafür, dass der Markt auch in Zukunft noch sehr stark wachsen wird“, sagt Marco Gerrits, Partner bei BCG und Koautor der Studie. Ein eigenes Auto zu besitzen werde aber die Norm bleiben, so Gerrits.

www.bcgperspectives.com

Didacta Bildungsmesse

Bildung in der Zuwanderungsgesellschaft

Als Thema mit der höchsten politischen Brisanz und dem größten Handlungsdruck in den Bildungseinrichtungen bezeichnete Prof. Dr. Wassilios E. Fthenakis auf der Didacta in Köln, der weltgrößten Bildungsmesse, die Flüchtlingskrise. Einen wichtigen Beitrag zur Integration könnten auch digitale Bildungsangebote leisten, so der Präsident des Didacta-Verbandes der Bildungswirtschaft. Zu den weiteren Schwerpunkt-Themen der Bildungsmesse gehörten die Inklusion, die Besonderheiten des digitalen Lehrens und Lernens, Fragen der Lernatmosphäre und die Professionalisierung von Lehrkräften, Aus- und Weiterbildnern.

www.didacta.de

Europäisches Forum Alpbach

Neue Aufklärung

Unter dem Thema „Neue Aufklärung“ steht das Europäische Forum Alpbach vom 17. 8. bis 2. 9. 2016. „Es ist an der Zeit, Neuland zu betreten. Lieb gewonnene Denkwerkzeuge und Denkmuster reichen nicht mehr aus, die Herausforderungen der Gegenwart zu meistern. Geschichte schreitet nicht von alleine zum Besseren fort“, heißt es in der Einladung. Es brauche neugierige und enthusiastische Menschen, die dem Zweifel, der Skepsis und dem Verlust von Vertrauen „faszinierende Ideen und erhellende Denkweisen entgegensetzen“. Es gehe darum, sich auf die Spur einer „Neuen Aufklärung“ zu setzen.

www.alpbach.org



Kunst & Kultur

Kunsthalle Krems

Raum und Leinwand

Mit zwei parallelen Ausstellungen stellt die Kunsthalle Krems Malerei in den Mittelpunkt. Einmal die im Raum praktizierte, wie Heimo Zobernigs „ins Dreidimensionale gekippte Bilder“. Ein anderes Mal jene auf großformatiger Leinwand des in Wien lebenden Künstlers Stefan Sandner (*1968). Die „Realitätspartikel“, wie Sandner seine Motive – handgeschriebene Sätze samt Korrekturen und Streichungen oder abstrakte Kritzeleien – nennt, sind keine originären Spuren spontaner Gedankengänge, sondern Abbilder vergangener Handlungen.

Abstrakt – Spatial, Stefan Sandner
Jeweils 13. März bis 19. Juni 2016
www.kunsthalle.at



Stefan Sandner, Obne Titel



Fotografie

A Sea of Being

Als Ergebnis der langjährigen künstlerischen Zusammenarbeit mit der in Österreich lebenden Butoh-Tänzerin Mirjam Morad hat der Wiener Fotograf Laurent Ziegler einen eindrucksvollen Fotoband vorgelegt: „A Sea of Being“.

Bereits 2004 hatte Campus Cultur in einer Ausstellung einen Einblick in das fotografische Werk von Laurent Ziegler gegeben, zudem schuf er als Auftragsarbeit einen Kunstkalender mit Tanzfotografien, die im Festspielhaus St. Pölten entstanden. Erhältlich im Buchhandel oder direkt im Atelier des Künstlers.

www.unstill.net

Niederösterreich

Tag der Musikschulen

Ganz Niederösterreich erklingt am 29. April, wenn die 128 Musikschulen mit ihren 58.000 Schülern im Bundesland ihre Türen öffnen. Am Tag der Musikschulen soll die Arbeit aller am Musikschulwesen Beteiligten in die Öffentlichkeit getragen werden: Die große Vielfalt der Musikschulen wird mit Mitmachkonzerten, Instrumentenkarussellen und Schnupperstunden hör- und sichtbar.

Freitag, 29. April 2016
www.musikschulmanagement.at



WEITERE TERMINE

Neue Mythen

Die 20. Reihe der Kremser Kamingsgespräche startete mit Dr. Gertrude Brinek, Volksanwältin, und PD Dr. Monika Mokre, Politikwissenschaftlerin, unter dem Titel „Mythos Zivilgesellschaft“. Moderation: Michael Battisti, ORF Niederösterreich.

Weitere Termine: 11. 5., 8. 6.
Haus der Regionen, Krems

Stimmen! – hören!

2016 geht die Initiative musik aktuell – neue musik in Niederösterreich in ihre 20. Saison. Erwin Ortner, Artist in Residence, hat dafür eine Reihe von spannenden Konzerten und Projekten ausgewählt. Die menschliche Stimme und der Gehörsinn stehen dabei im Mittelpunkt.

www.musikfabriknoe.at

prima la musica

Niederösterreichische Preisträgerensembles des Bundeswettbewerbs von prima la musica präsentieren bereits zum dritten Mal ihr musikalisches Können und gestalten ein Kammermusikkonzert auf höchstem Niveau.

12. 5., Festspielhaus St. Pölten
www.festspielhaus.at

Foto: „A Sea of Being“ © Laurent Ziegler

Bücher



Die Ökonomie der Migration

In der von Emotionen dominierten Debatte über Migration mahnt Paul Collier zur nüchternen Betrachtung der Phänomene durch die Brille der Ökonomie. Der Oxford-Professor erforscht, welche Kosten und welchen Nutzen die weltweiten Wanderungsbewegungen mit sich bringen: für die aufnehmenden Länder, vor allem Europa und die USA, für die Einwanderer selbst und für jene Länder der „ärmsten Milliarde“, die die Migranten zurücklassen. Der Migrationsökonom plädiert für Reziprozität in der Migrationspolitik: Win-win-Situationen für alle anstelle von Gewinnern und Verlierern, wie derzeit.

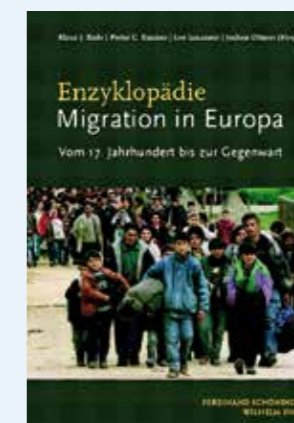
Paul Collier
 Exodus – Warum wir Einwanderung neu regeln müssen
 Siedler Verlag, 2014



Ethik auf dem Prüfstand

Der starke Zustrom an Flüchtlingen nach Europa polarisiert. Soll sich Europa abschotten angesichts der drohenden Auswirkungen auf Arbeitsmarkt, Sicherheit und Sozialsystem oder doch alle Grenzen öffnen, um humanistisch allen Menschen Schutz zu geben, die nach Europa aufgebrochen sind? Inmitten der heftigen Auseinandersetzung um die Flüchtlingsfrage in Deutschland stellt der Kieler Philosoph Konrad Ott die Argumente der Verantwortungsethik jenen der Gesinnungsethik gegenüber und plädiert für ein Ringen um die besten Argumente. Eine klare Abgrenzung fordert er von Hassparolen.

Konrad Ott
 Zuwanderung und Moral
 Reclam Verlag, 2016



Wanderung als Normalzustand

Wanderungsbewegungen prägen den alten Kontinent Europa. Klaus J. Bade hat mit seiner Enzyklopädie ein beeindruckendes Kompendium an Erkenntnissen der Migrationsforschung quer durch Europas Geschichte bis ins 17. Jahrhundert zurück zusammengestellt. Ob Migration tatsächlich eine anthropologische Konstante sei, wie Bade behauptet, ist diskussionswürdig. Die zahlreichen historischen Beispiele zeigen jedenfalls: Die gegenwärtige Migration ist kein Ausnahmezustand, sondern fester Bestandteil Europas. Die Vielfalt, für die sich Europa rühmt, ist erst durch Wanderung und Zuwanderung entstanden.

Klaus J. Bade u. a. (Hrsg.)
 Enzyklopädie Migration in Europa – Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart
 Ferdinand Schöningh Verlag, 2007

Master-Thesen

Top oder Flop?

Eine dynamische Wirtschaft braucht Zuwanderung. Eine Gegenüberstellung zweier zentraler Zuwanderungsinstrumente zeigt: Trotz kompliziertem und langwierigem Verfahren sowie Vollzugsdefiziten im Fall der „Rot-Weiß-Rot-Karte“ weist deren Punktesystem durch seine Transparenz Vorteile gegenüber der „Niederlassungsbewilligung – Schlüsselkraft“ auf.

„Rot-Weiß-Rot-Karte“ – Top oder Flop?
 Margit Seidl
 Donau-Universität Krems 2015

Musik verbindet

Die Verständigung zwischen den Kulturen durch Musik steht im Zentrum dieser herausragenden Master-These. Saeedeh Ghazi, sie stammt aus dem Iran, analysiert darin Interkulturelle Aspekte der Musik am Beispiel des internationalen, an der Harvard University vom Cellisten Yo-Yo Ma ins Leben gerufenen und weltweit erfolgreichen Silk Road Ensembles.

Silk Road – Musik als interkulturelles Mittelmedium
 Saeedeh Ghazi
 Donau-Universität Krems 2015

Impressum

upgrade: Das Magazin für Wissen und Weiterbildung der Donau-Universität Krems, (ISSN 1862-4154)

Herausgeber: Rektorat der Donau-Universität Krems

Medieninhaber: Donau-Universität Krems, Dr.-Karl-Dorrek-Straße 30, A-3500 Krems

Chefredakteur: Stefan Sagl, Donau-Universität Krems

Verantwortlicher Redakteur: Roman Tronner
E-Mail: roman.tronner@donau-uni.ac.at

Autorinnen & Autoren dieser Ausgabe:
Christina Badelt, Sabine Fisch, Gerhard Gensch, Gunnar Landsgesell, Astrid Kuffner, Andrea Nussbaum, Mazdak Raki, David Rennert, Katharina Schmidt, Mark Terkessidis

Layoutkonzept: ki 36, Sabine Krohberger

Grafik: buero8, Thomas Kussin

Schlusslektorat: Josef Weilguni

Fotostrecke: Idee und Konzept
Stabsstelle für Kommunikation

Fotografie: Stefan Reichmann

Leser- und Abonnementsservice: Isabella Strohofer
Telefon: +43 (0)2732 893-2444

E-Mail: upgrade@donau-uni.ac.at

Herstellung: sandlerprint&more, Johann Sandler
GesmbH & Co KG, A-3671 Marbach

Auflage: 15.000

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Ausgabe 3.16 erscheint im Juni 2016

Gender-Hinweis: Im Sinne einer besseren Lesbarkeit unserer Artikel verwenden wir die maskuline oder feminine Sprachform. Dies impliziert jedoch keine Benachteiligung des jeweils anderen Geschlechts.

Disclaimer: Für die Richtigkeit der wiedergegebenen Inhalte und Standpunkte wird keine Gewähr übernommen.

Vorschau^{3.16}

Schöne digitale Welt

“Will a robot take your job?” fragte BBC und prognostizierte, dass 35 Prozent der Jobs in Großbritannien in den kommenden 20 Jahren durch Roboter in Gefahr seien. Auch wenn der britische Rundfunk die Folgen der digitalen Revolution dramatisiert haben sollte, Bits und Bytes automatisieren in atemberaubendem Tempo sämtliche Prozesse der Wirtschaft und vernetzen unsere Arbeitswelt. Nachrichtensoftware anstelle von Journalisten, Roboternetzwerke statt Fabriksarbeiter, Algorithmen, die selbst hochqualifizierte Dienstleistungen von Rechtsanwälten, Medizinerinnen oder Consultants teilweise automatisieren. Die zunehmende Digitalisierung wird unter vielen Etiketten diskutiert: Industrie 4.0, Robotik, künstliche Intelligenz, Crowdfunding, Produktivitätsgewinne, Arbeitsplatzverluste und Maschinensteuer.

In seiner Sommernummer prüft **upgrade**, welche Szenarien der Digitalisierung realistisch sind, lotet die Herausforderungen und Chancen für die Gesellschaft und den Menschen aus und diskutiert die Auswirkungen auf die Ausgestaltung von Bildung und Weiterbildung.

ANZEIGE

campusball
k r e m s



11. Juni 2016

Campus Krems | Dr.-Karl-Dorrek-Str. 30 | 3500 Krems

Infos und Karten unter

www.campusball.at

KUNST HALLE KREMS

13/03–19/06/2016

ABSTRAKT – SPATIAL
MALEREI IM RAUM
STEFAN SANDNER
FARBEN
SAINT GENET
KOOPERATION DONAUFESTIVAL

KUNSTHALLE KREMS FRANZ-ZELLER-PLATZ 3, 3500 KREMS AN DER DONAU
T +43 2732 908010, WWW.KUNSTHALLE.AT, WWW.FACEBOOK.AT/KUNSTHALLE.KREMS

KULTUR
NIEDERÖSTERREICH



SIEMENS

On Top: Desigo™ Gebäudemanagementsystem

Gemeinsam bringen wir Ihre Gebäudetechnik voran.

Mit **Desigo CC** lassen sich unterschiedliche Gewerke wie Gebäudeautomation, Brandschutz und Sicherheit, Beleuchtung, Video und Energie mit einer Plattform steuern. Den Anforderungen der unterschiedlichen Anspruchsgruppen wie Gebäudeeigentümer, Gebäudemanager, Sicherheitsverantwortliche oder die eigentlichen Nutzer von Gebäuden wird gleichermaßen Rechnung getragen. So differenziert die Bedürfnisse jedoch auch sind, eines haben alle gemeinsam: Den Wunsch nach maximaler Sicherheit, höchstmöglichem Komfort und Effizienz.

Die Managementplattform Desigo CC trägt genau diesen Bedürfnissen und Wünschen Rechnung und realisiert übergreifende Interaktionen.

Die klassische Integration von Subsystemen auf einer Leitebene weicht bei Desigo CC einer integralen Inhouse-Zusammenarbeit der verschiedenen Entwicklungsteams aller unterschiedlichen Disziplinen und Gewerke.

[siemens.at/desigocc](https://www.siemens.at/desigocc)